

TSCHECHEN, DEUTSCHE UND DIE JUBILÄUMSAUSSTELLUNG 1891¹

Von *Milan Hlaváček* und *František Kolář*

Im Oktober 1879 betraten die tschechischen Abgeordneten aus dem Königreich Böhmen nach mehr als sechzehn Jahren passiver Resistenz erneut den Boden des Reichsrates. Sie betraten ihn mit der Verwahrung, daß „wir mit diesem Schritt und den ihm folgenden Konsequenzen unseren Rechtsstandpunkt ... keineswegs aufgeben und auch nicht gedenken, Abstriche von ihm zu machen“². Mit jenem „Rechtsstandpunkt“ war die Wiederherstellung des böhmischen Staates gemeint, die das zentrale Thema und das Endziel der tschechischen liberalen Politik war, seitdem sie sich im Revolutionsjahr 1848 formiert hatte und gesellschaftlich aktiv geworden war. Während des „Völkerfrühlings“ ging die Idee des böhmischen Staatsrechts von der Vorstellung von Österreich als einer Föderation ethnischer Einheiten aus, und in den Reden Palackýs vor dem Reichstag in Kremsier schloß sie nicht einmal die Teilung der böhmischen Länder in einen deutschen und einen tschechischen Teil aus³. Mit der Erneuerung des konstitutionellen Lebens in Österreich zu Beginn der sechziger Jahre rückte die tschechische liberale Politik, in Anbetracht der aktuellen Bedingungen, vom ethnischen Prinzip ab und erwägte eine Föderation auf der Basis historisch-politischer Einheiten⁴. Allerdings brachte weder ihr hartnäckiges Bemühen noch die Fähigkeit, die aktuellen Veränderungen im Herangehen an die staatliche Ordnung in Mitteleuropa zu akzeptieren und für ihr Ziel auszunützen, irgendein Resultat. Die tschechische Gesellschaft entwickelte sich, erstarkte und eroberte sich auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet eine Position, nur auf dem Feld der Politik schritt sie von Mißerfolg zu Mißerfolg, und es blieben für sie nicht einmal die sprichwörtlichen Krümel unter dem Tisch übrig.

¹ Die folgende Abhandlung widmet sich nur den politischen Aspekten der Jubiläumsausstellung. Die Ausstellung selbst und ihre ökonomische Bedeutung werden beseite gelassen, nur flüchtig erwähnt werden die gesellschaftlichen Hintergründe der Ausstellung, die keine repräsentative Rolle spielten. Die im Original deutschen Zitate wurden nach tschechischer Übersetzungsvorlage wieder in die deutsche Sprache übertragen (d. Übers.).

² Srb, Adolf: *Politické dějiny národa českého od roku 1861 až do nastoupení ministerstva Badenova r. 1895* [Die politische Geschichte der tschechischen Nation vom Jahr 1861 bis zum Antritt des Ministeriums Badeni im Jahr 1895]. Praha 1899, 559.

³ Palacký, František: *Spisy drobné* [Kleine Schriften]. Bd. 1. Praha 1898, 78 f. – *Minulost našeho státu v dokumentech* [Die Vergangenheit unseres Staates in Dokumenten]. Praha 1971, 249.

⁴ Dieser Thematik widmete sich in der letzten Zeit insbesondere Otto Urban – siehe seine Studie: „Buržoazní revoluce v habsburské monarchii a národnostní otázka“ [Die bürgerliche Revolution in der Habsburgermonarchie und die Nationalitätenfrage]. *Acta Universitatis Carolinae. Philosophica et Historica* 1 (1977). *Studia historica* 16, 23–56.

Gegen Ende der siebziger Jahre sammelten sich einige Gründe an, die in ihrem Zusammenwirken die tschechischen Politiker aus dem Königreich Böhmen dazu zwangen, erneut auf den Bänken des Reichsrates Platz zu nehmen und den gleichen Schritt auch bei den tschechischen Abgeordneten aus Mähren im Januar 1874 nach sich zogen. In erster Linie war es die politische Untätigkeit, die mit den Ambitionen der aufsteigenden Politikergeneration, vor allem der Jungtschechen, aber auch der Alttschechen, kollidierte. Die Tätigkeit der tschechischen Liberalen im böhmischen Landtag erschien viel zu starr, viel zu eingengt. Zudem deutete das sechsjährige Martyrium der Wirtschaftskrise an, daß die Tschechen, sofern sie sich ihre Stellung und Initiative im Wirtschaftsleben erhalten wollten, die Tatsache respektieren mußten, daß in viel größerem Maße als in der Vergangenheit in den politischen Institutionen über wirtschaftliche Fragen entschieden werden würde. In Zukunft würde es nicht mehr angehen, „beleidigt“ daneben zu stehen und untätig zuzusehen, wie die Exekutive und die Legislative Vorkehrungen trafen, die direkt die Interessen der tschechischen Unternehmerkreise berührten. Im Gegenteil, es war notwendig, sie so stark wie möglich zu beeinflussen, sie soviel als möglich zum eigenen Vorteil auszunutzen. Zur Veränderung der Haltung der tschechischen Politik zum Reichsrat trugen in hohem Maß auch Generations- und Meinungsverschiedenheiten bei den deutschen Liberalen bei, die zum Sturz der Regierung Auersperg führten. Als der designierte Ministerpräsident Graf Eduard Taaffe Interesse an tschechischer Unterstützung zeigte, bot sich den tschechischen Liberalen die verlockende Möglichkeit, nicht nur in die aktive parlamentarische Politik zurückzukehren, sondern dort auch zur Stütze der neuen Regierung zu werden und alle Vorzüge zu genießen, die diese Stellung mit sich brachte. Der Historiker Otto Urban schrieb sehr treffend über die Verfassung der tschechischen Politik gegen Ende der siebziger Jahre, daß damals „sich schon nicht mehr die Frage stellte: parlamentarische Aktivität oder Passivität, sondern: was für eine parlamentarische Aktivität?“⁵

Die Tschechen kehrten als ein Teil der konservativen parlamentarischen Mehrheit in den Reichsrat zurück, als einer der Bestandteile des regierenden „eisernen Ringes“. Allein die tschechischen Politiker betrachteten sich noch als Liberale, nichtsdestoweniger waren sie bereit, an der Politik gegen die oppositionelle deutsche liberale Linke mitzuarbeiten. Ihre nationalen Interessen verbanden sie, ähnlich wie in den revolutionären Jahren 1848–1849, wiederum mit den konservativen Strömungen des zisleithanischen politischen Spektrums.

Der Fluch des Nationalismus befiel jedoch nicht nur die Tschechen, sondern auch die Deutschen in Zisleithanien. Mit dem Einzug Georgs von Schönerer in den Reichsrat im Jahr 1873 begann die großdeutsche Idee erneut an Einfluß zu gewinnen. Der sich entfaltende Nationalismus begann in den siebziger Jahren die bis dahin bestehende Einheit der deutschen liberalen Partei zu zersetzen. Eine Folge der nationalen Tendenzen der deutschen Politik in Österreich-Ungarn und in Deutschland war der Abschluß des Bündnisvertrages zwischen diesen beiden Staaten im Oktober 1879. Wenn Karel

⁵ Urban, Otto: Česká společnost 1848–1918 [Die tschechische Gesellschaft 1848–1918]. Praha 1982, 322.

Kramář in der „Tschechischen Politik“ ausführt, daß „wir nach Wien gekommen sind, nicht weil Wien sich letzten Endes vor unserem Recht beugen wollte, sondern vielmehr, weil im Hinblick auf die Außenpolitik, die mit dem Berliner Kongreß und der Okkupation Bosniens eingeleitet wurde, die deutsche Vorherrschaft im Parlament und in den Delegationen ungemütlich wurde“⁶, so traf er damit einen weiteren Zug der tschechischen Politik, der sie mit den Revolutionsjahren 1848–1849 verband – nämlich die Wiederbelebung der Idee des Austroföderalismus, der Auffassung von Österreich als einem Schutzschild gegen den Pangermanismus.

Der dritte Zug, der gleichsam eine Rückkehr der tschechischen liberalen Politik zu ihren Anfängen andeutete, war der erneute Nachdruck auf die sprachliche Seite des nationalen Bewußtseins. Bereits nach dem ersten Sitzungsmonat des Reichsrates im November 1879 übergaben die tschechischen Abgeordneten Kaiser Franz Josef I. vier Memoranden, in denen sie die Gleichberechtigung des Tschechischen und des Deutschen in den Ämtern und bei Gericht, an der Prager Universität, im mittleren und niederen Schulwesen wie im Fachschulwesen forderten. Warum wählten die tschechischen Liberalen dieses Vorgehen? Warum setzten sie den Nationalitätenkampf an die Stelle des Kampfes um das Staatsrecht? Warum hörten sie auf, die böhmische Nation staatlich zu begreifen, und warum zogen sie ihre sprachliche kulturelle Einzigartigkeit vor?

Ich vermute, daß die Gründe hierfür sich vor allem aus der praktischen politischen Tätigkeit ergaben. Auf der einen Seite der langjährige Mißerfolg bei der Durchsetzung der böhmischen staatsrechtlichen Konzeption, auf der anderen Seite die zerbrechliche Stabilität der neuen Regierung und ihres parlamentarischen Rückhalts, an der die tschechische Politik um so mehr hing, als sie zum ersten Mal in eine solche Stellung gelangt war. Im Bereich der Sprachenfrage – relativ weit von der Politik entfernt – schien zudem eher ein Konsens zu finden zu sein zwischen der Regierung und ihren tschechischen Verbündeten, der sein Vorgehen vor „seiner“ Nation mit einem direkten und greifbaren Erfolg rechtfertigen mußte. Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Erstarren der tschechischen Nation wurde von ihrem demographischen Aufstieg begleitet. Der tschechische Arbeiter und Gewerbetreibende drang in alle Gebiete der böhmischen Länder vor, in ihre verhältnismäßig geschlossenen deutschen Gebiete, ja auch nach Wien und in die Alpenländer, und der zisleithanischen Regierung war klar, daß sie die „tschechische“ Sprachenfrage früher oder später ohnehin würde lösen müssen. Zudem fielen Fragen der Sprache, der Schule und der kulturellen Angelegenheiten in den Kompetenzbereich der Landtage, die den tschechischen Politikern allen Vorbehalten zum Trotz doch einen größeren Raum zur Durchsetzung der eigenen Forderungen einräumten, sie allerdings gleichzeitig auch zu größerer Verantwortung verpflichteten.

Das tschechische Vorgehen brachte bald einige Erfolge. Im April 1880 wurde die Stremayrsche Verordnung verkündet, die den Einwohnern Böhmens und Mährens das Recht zusprach, mit Ämtern und Gerichten in beiden Landessprachen, also in

⁶ K r a m á ř, Karel: *Česká politika. Dějiny české politiky nové doby* [Die tschechische Politik. Die Geschichte der tschechischen Politik der neuen Zeit]. Bd. 3. Praha 1909, 450.

der tschechischen und der deutschen Sprache, zu verkehren. Im Februar 1882 wurde die tschechische Universität wieder eröffnet, wenn auch nur durch die Teilung der Karl-Ferdinand-Universität in eine tschechische und eine deutsche Hochschule. Die tschechische Sprache erlangte im bereits bestehenden mittleren und niederen Schulwesen bei weitem mehr Raum, es wurden außerdem neue Schulen mit Tschechisch als ausschließlicher Unterrichtssprache eingerichtet. Im Herbst 1882 kam es zu einer Novellierung der Wahlordnung für den Reichsrat, der Steuerzensus für das Wahlrecht wurde gesenkt, was eine beträchtliche Erweiterung der Wählerbasis der tschechischen politischen Parteien zur Folge hatte. Analog dazu wurde im Frühjahr 1884 die Wahlordnung für die Handels- und Gewerbekammern erneuert. Die kleinen Händler und Gewerbetreibenden veränderten dann die nationale Zusammensetzung der Handels- und Gewerbekammern in Böhmen vollständig, die bis zu dieser Zeit rein deutsch gewesen waren. In Prag, Pilsen und Budweis siegte in den folgenden Wahlen die tschechische Mehrheit, in Reichenberg hielten die deutschen Unternehmer trotz des erstarkenden tschechischen Elements die Führung der Kammer, die Kammer in Eger war fast ausschließlich deutsch.

Die deutschen Liberalen aus Böhmen sahen dem aufstrebenden Tschechentum jedoch nicht tatenlos zu. Bereits im Februar 1880 wandten sie sich mit einem eigenen Memorandum an den Kaiser, in dem sie die tschechischen Forderungen entschieden damit zurückwiesen, daß es nicht anginge, daß „der nationale Vorteil über den Gedanken und die Bedürfnisse des Staates gestellt werden“⁷. Die sprachliche Gleichberechtigung hielten sie für einen ersten Schritt in Richtung einer späteren Anerkennung der böhmischen Staatlichkeit. Lange Jahre standen die deutschen Liberalen dem Nationalitäten- und insbesondere dem Sprachenstreit unberührt gegenüber, sie hielten ihn für keineswegs wichtig, geschweige denn für entscheidend. Die gesellschaftliche Entwicklung führte sie an der Schwelle der siebziger zu den achtziger Jahren jedoch ebenfalls auf das Kampffeld des Sprachenstreits.

Die Deutschen Böhmens beschränkten sich nicht nur auf das Terrain des Parlaments und der Exekutive, vielmehr nützten sie jede gesellschaftliche Frage zum Protest gegen das expandierende Tschechentum. Ihre Aktivitäten riefen jedoch direkt tschechische Gegenaktionen hervor und umgekehrt. Im Mai 1880 konstituierte sich zum Schutz des deutschen Schulwesens in den national gemischten Gebieten der „Deutsche Schulverein“, im Herbst des selben Jahres wurde zum gleichen Zweck die „Ústřední matice školská“ gegründet. Im November 1883 wurde das Nationaltheater, das architektonische Symbol der tschechischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts, eingeweiht⁸. Es vergingen vier Jahre und die Deutschen in Prag eröffneten ein neues deutsches Theater.

In den Wahlen im Sommer 1883 errangen die Tschechen die Mehrheit der Abge-

⁷ Srb: Politické dějiny 571.

⁸ Das Symbol des Nationaltheaters entsprach dem tschechischen Verständnis der nationalen als einer sprachlichen und kulturellen Bewegung. Es ist symptomatisch, daß für die Magyaren, die ihre Nationalbewegung eher als politische und staatliche Bewegung begriffen, das Gebäude des ungarischen Parlaments, mit dessen Bau in den achtziger Jahren begonnen wurde, zum entsprechenden architektonischen Symbol wurde.

ordnenmandate im böhmischen Landtag. Ihr Versuch, sich ihre Stellung für die Zukunft durch eine Änderung der Wahlordnung (nach dem Beispiel des Reichsrats) zu sichern, traf allerdings auf den Widerstand der deutschen Abgeordneten, die unmittelbar darauf einen Vorschlag für eine administrative Reform vorlegten, nach der in Böhmen die Verwaltungs- und Gerichtskreise gemäß dem Nationalitätenprinzip neu geordnet werden sollten. Dieses gegenseitige sich „Übertrumpfen“ wurde von permanenten Alltagsstreitigkeiten, vom Streit um jede Schule und jeden Gulden, der an das tschechische oder deutsche Schulwesen übergeben wurde, begleitet. Im Dezember 1886 verließen die deutschen Liberalen letzten Endes den böhmischen Landtag und gingen zur passiven Resistenz über.

In dieser national gespannten Atmosphäre liefen die Vorbereitungen zur allgemeinen Landesausstellung ab. Der erste Impuls zu ihrer Ausrichtung war von der „Vereinigung zur Hebung der Industrie in Böhmen“ im Oktober 1879 ausgegangen. Die Ausstellung sollte dazu beitragen, das wirtschaftliche Leben zu fördern und gleichzeitig in würdiger Form an den 50. Gründungstag des „Gewerbevereins“ erinnern. Allerdings kam die Initiative zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Einerseits zwangen die Erfahrungen der Wirtschaftskrise die Produzenten zu finanzieller und unternehmerischer Vorsicht, andererseits war es in einer Zeit angestaunter Spannungen zwischen den beiden Nationen im Königreich Böhmen unmöglich, eine Institution zu feiern, die in den vierziger Jahren die tschechische Nationalbewegung hervorgebracht hatte – daher ging das Projekt der Ausstellung unter.

Zu einer Renaissance des Ausstellungsgedankens kam es in der Mitte der achtziger Jahre im Zusammenhang mit der allgemeinen Ausstellung in Budapest im Jahr 1885.

Wir fühlten, daß sich um uns alles bewegt, sich dreht und hurtig arbeitet, während bei uns gleichsam Leere herrscht; wir fühlten, daß die Nachbarn um uns ihre Produktion planmäßig organisieren und fördern, während bei uns alles dem Unternehmiergeist, der Ausdauer und Arbeitsamkeit einzelner überlassen bleibt; wir fühlten, daß eine überlegt organisierte fremde Konkurrenz so manche berühmte Branche der böhmischen Industrie allmählich zerreibt und zerstört. Neid und Kummer bemächtigten sich unserer, als wir sahen, daß selbst schon die Magyaren mit ihrer jungen, zweitklassigen Industrie es zu einer großen Ausstellung bringen. Zwei große Züge wurden aus Böhmen nach Ungarn zum Besuch der Ausstellung gesandt. Die Teilnehmer kehrten mit sehr guten Eindrücken nach Hause zurück, und allgemein stellte man sich die Frage: und was ist mit uns, dem altehrwürdigen Königreich und seiner mächtigen Industrie, raffen wir uns nicht einmal jetzt auf, wenn sogar schon unsere Lehrlinge – die Magyaren – Industriebetriebe einrichten, davon ein Großteil nach böhmischem Muster, mit böhmischen Technikern und Meistern, und sich vor der Welt brüsten, was für Kerle sie sind?⁹

Die neue tschechische Führung der Prager Handels- und Gewerbekammer schrieb sich unter anderem die Veranstaltung verschiedener Ausstellungen ins Programm, die den Entwicklungsstand der Produktionszweige wie deren Konkurrenzfähigkeit zeigen und Geschäftsinteressen anregen sollte. Als erstes Ziel setzte sich die Führung die Errichtung eines ständigen Ausstellungsgebäudes in Prag. Eine Kommission, der Prager Fabrikanten, Baumeister und Händler angehörten, und zwar ohne Rücksicht auf die tschechische oder deutsche Nationalität, erstellte ein Memorandum an den

⁹ Hořica, Ignát in: Jubilejní výstava zemská Království českého v Praze 1891 [Die Jubiläumsausstellung des Königreichs Böhmen in Prag 1891]. Praha 1894, 1.

böhmischen Landtag, in dem sie diesen aufforderte, er möge das Gebäude auf seine Kosten bauen. Die Kammer versprach dafür, auf dem Ausstellungsgelände eine allgemeine Landesausstellung auszurichten¹⁰.

Der Vorschlag des Memorandums rief allerdings bereits auf der Sitzung des Präsidiums der Prager Kammer am 26. Oktober 1887, die sich dazu äußern sollte, eine stürmische Diskussion hervor. Der Sprecher der deutschen Industriellen, der Textilunternehmer Josef Sobotka, lehnte die ganze Aktion mit der Begründung ab, daß sie nur den Tschechen Gewinn bringe und das auch noch von den Geldern deutscher Steuerzahler. „Es müßten in beiden Lagern große politische und nationale Veränderungen eintreten“, verkündete er, „damit sich auf diesem Boden eine Annäherung und die Ausrichtung einer gemeinsamen Ausstellung erwarten ließe.“¹¹ Die tschechische Seite verteidigte ihr Projekt, und zwar als ein Projekt des Landes, als Projekt beider in Böhmen lebender Nationen. Bezeichnend waren die Worte des Baumeisters Václav Nekvasil: „Wir haben doch einen sehr reichen Maschinenbau, eine reiche Textilindustrie, eine hochentwickelte Landwirtschaft, nicht zuletzt haben wir Gewerbe und Kunsthandwerk, und das alles sind tschechische und deutsche Industrien ... Unser Land, ist ein zweisprachiges Land, und das, das betone ich, bleibt es; wir müssen es folglich gemeinsam bewohnen – möge das in Eintracht geschehen!“¹²

Die tschechische Übermacht entschied, daß das Memorandum dem böhmischen Landtag zugesandt wurde. Unmittelbar darauf stellten sich die Kammern aus Reichenberg und Eger, die deutsche Presse und Politiker gegen das Memorandum. Es erschienen sogar Aufforderungen an die deutsche Bevölkerung, „jedwede Zusammenarbeit mit tschechischen Erzeugern“ zu unterbinden. Der böhmische Landtag wagte auch ohne die deutschen Abgeordneten nicht, das Memorandum anzunehmen, und ließ es sich mit der bewährten Methode der Verzögerung totlaufen.

Im Herbst 1888 begann eine neue Etappe der Vorbereitungen der allgemeinen Landesausstellung. Die Vermittlung der Prager Handels- und Gewerbekammer erwies sich als retardierendes, ja überflüssiges Element, und so beschlossen die interessierten tschechischen Unternehmer auf den Vorschlag des Inhabers des neuen elektrotechnischen Werks in Karolinenthal, František Křížík, hin, die allgemeine Landesausstellung mehr oder weniger als privates Unternehmen zu organisieren. Finanziell

¹⁰ Pamětní spis ze dne 26. října 1887 v příčině zřízení stálé výstavní budovy v parku bubenečském pro průmyslové a zemědělské výstavy odborné se zvláštním zřetelem k případnému pořádání všeobecné zemské výstavy v Praze podaný obchodní a živnostenskou komorou v Praze vysokému Sněmu Království českého [Denkschrift vom 26. Oktober 1887 über die Errichtung eines ständigen Ausstellungsgebäudes im Park von Bubenetsch für gewerbliche und landwirtschaftliche Fachausstellungen, unter besonderer Berücksichtigung der eventuellen Ausrichtung einer allgemeinen Landesausstellung in Prag, dem hohen Landtag des Böhmisches Königreiches, überreicht von der Handels- und Gewerbekammer in Prag]. Praha 1887.

¹¹ Zpráva o všeobecné řádné schůzi obchodní živnostenské komory v Praze ze dne 26. října 1887 [Bericht über die allgemeine ordentliche Versammlung der Handels- und Gewerbekammer in Prag am 26. Oktober 1887]. In: Naše jubilejní výstava v Praze 1891 – Vzpomínky Ing. Dr. Františka Křížíka [Unsere Jubiläumsausstellung in Prag 1891 – Die Erinnerungen Ing. Dr. František Křížíks]. Praha 1933, 34.

¹² Ebenda 36.

abgesichert werden sollte die ganze Aktion durch öffentliche Subskriptionen und eine Ausstellungslotterie.

Anfang November 1888 brachte Nekvasil die Nachricht, daß im Budgetausschuß des Landtages nach dem Schicksal der Gedenkschrift der Kammer nachgefragt worden sei, daß allerdings der Vorsitzende des Ausschusses, Prof. Zeithammer, gesagt habe, daß sich das Parlament nicht mit der Denkschrift befassen könne, da es noch um gar keine Ausstellung gehe, sondern nur den Bau eines Ausstellungsgebäudes. Zunächst müsse die Ausrichtung der Ausstellung gesichert sein, und erst dann könne über den Bau eines Ausstellungsgebäudes verhandelt werden. Daraufhin erklärte ich, daß wir der Forderung Zeithammers leicht genüge tun können. Machen wir es so, wie ich es in diesem Jahr auf der Weltausstellung in Paris gesehen habe¹³. Schließen wir uns in einem Komitee zur Veranstaltung der Ausstellung zusammen, und die Mittel besorgen wir uns, indem wir zwei Fonds gründen: einen Grund- und einen Garantiefonds. Außerdem können wir – wie in Paris – eine Lotterie einrichten, wo bei jedem Los Kupons sein werden, die eigentlich Eintrittskarten für die Ausstellung sind. Auf diese Lose und Anleihen auf beide Fonds gewähren uns die Geldinstitute Vorschuß zum Bau und zum Betrieb der Ausstellung. Nekvasil lobte meinen Vorschlag und brachte augenblicklich zwei Bögen Papier herbei...¹⁴

Für die Organisatoren erwies es sich als ein glücklicher Umstand, daß ihr Ausstellungsprojekt Vertreter des konservativen böhmischen Adels anzog. Bei der Sitzung des böhmischen Landtages gewann Václav Nekvasil die Unterstützung des Fürsten Karl von Schwarzenberg, dem sich umgehend weitere adelige und bürgerliche Abgeordnete anschlossen.

Für den 28. November 1888 wurde eine Besprechung zur Information der Ausstellungsinteressenten einberufen, bei der eine Satzung für die Vorbereitungen erstellt werden sollte. Der Vorsitz lag bei Fürst von Schwarzenberg, das Wort führte jedoch vor allem der erste tschechische Präsident der Prager Handels- und Gewerbekammer, Bohumil Bondy. Bei seinem Auftritt schlug er vor, die Ausstellung solle im Jahr 1891 zur Feier des einhundertsten Jubiläums der ersten Industrieausstellung auf dem europäischen Festland stattfinden, um die Errichtung des Ausstellungsgebäudes sollen sich der Landesausschuß und der Landtag kümmern, mit den Subskriptionen solle fortgefahren werden, und die weitere Tätigkeit solle ein Vorbereitungsausschuß regeln¹⁵.

Die Vorschläge Bondys wurden im großen und ganzen einmütig angenommen. Die Diskussion erhitzte sich allerdings um die Frage der Teilnahme der Deutschen Böhmens. Allgemein herrschte die Ansicht vor, daß sich ohne ihre Mitwirkung die Ausstellung überhaupt nicht veranstalten ließe. Dagegen verwies eine Reihe von Rednern auf die bisherige ablehnende Haltung der Deutschen, die die Vorbereitungen zur Ausstellung mehrheitlich sabotierten. Für eine deutsche Beteiligung trat insbesondere Graf Franz von Thun ein, der zu den großen Förderern des Ausstellungsgedankens gehörte. Schließlich wurden in dem siebenköpfigen Vorbereitungsausschuß zwei Plätze deutschen Delegierten vorbehalten, und der Ausschuß wurde angewiesen, das deutsche Interesse an einer Teilnahme an der Ausstellung zu erkunden.

Allzu große Initiative in diese Richtung mußte er allerdings nicht aufbieten. Zu den Angriffen der deutschen Presse gesellte sich am 13. Dezember 1888 die Führung der

¹³ Die Pariser Weltausstellung fand im Jahr 1889 statt.

¹⁴ Naše jubilejní výstava 8.

¹⁵ Jubilejní výstava zemská 9.

deutschen liberalen Partei, die in einem Aufruf kundtat, daß die Deutschen aus dem Königreich Böhmen „sich weder an den Vorbereitungen noch an der Beschickung der geplanten Landesausstellung beteiligen werden“, weil „die gegenwärtige Stellung der Deutschen im öffentlichen Leben der böhmischen Länder eine gemeinsame und das ganze Land interessierende Aktion ausschließt“, um so mehr, als „es sich erneut um eine einseitige und aus wirtschaftlicher Sicht fragwürdige Unternehmung handelt, deren Kosten vor allem das Land zu tragen hätte“¹⁶. Auf diese Verlautbarung reagierten umgehend der Reichenberger, der Egerer und der deutsche Teil der Prager Kammer und wiesen die Beteiligung der deutschen Hersteller offiziell zurück.

Die gesamten achtziger Jahre waren in den böhmischen Ländern von Auseinandersetzungen und Streitigkeiten zwischen Tschechen und Deutschen begleitet. Gegen Ende des Jahrzehnts begann das politische Bild im Land durch die sich ebenfalls zuspitzenden Spannungen zwischen dem konservativen und dem radikalen Flügel des tschechischen politischen Lagers, zwischen den Altschechen und Jungtschechen, ins Wanken zu geraten. Das Erstarken der Position und der Kraft der Jungtschechen äußerte sich besonders in den Wahlen zum böhmischen Landtag im Juni 1889.

Der altschechische Führer František Ladislav Rieger, der wirkliche Patriarch der tschechischen nationalen Politik, suchte einerseits Hilfe beim Kaiser und der Wiener Regierung, andererseits bemühte er sich um eine Versöhnung mit den Deutschböhmen und um die Erneuerung der Arbeitsfähigkeit des böhmischen Landtages. Die Regierung kam ihm zumindest dadurch entgegen, daß sie im September 1889 den Statthalter wechselte und anstelle des unentschlossenen Barons Alfred Krause den energischen Grafen Franz von Thun ernannte.

Von Beginn an zielten die Bemühungen Thuns darauf, die Spitze der jungtschechischen Aktivität zu brechen und dagegen die Stellung der Altschechen zu stärken. Nach dem Pariser Beispiel, wo die Weltausstellung das dortige Leben vollständig beherrscht und das Interesse an der Politik vermindert hatte, wählte er als eines der Mittel, mit denen er sein Ziel erreichen wollte, die Unterstützung der allgemeinen Landesausstellung, insbesondere da ihre Vorbereitung bis dato völlig in den Händen der Altschechen lag!

Für den 10. November 1889 berief der Vorbereitungsausschuß eine Versammlung aller Interessenten und Förderer der allgemeinen Landesausstellung ein. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß die Ausstellung die Bezeichnung „Jubiläumsausstellung“ tragen solle, und der böhmische Landtag wurde um ein Terrain im Königlichen Baumgarten sowie um eine Anleihe von hunderttausend Gulden ersucht. Auf einem folgenden Treffen am 28. November kam es zur weiteren Konkretisierung der Vorbereitungsarbeiten. Der Vollzugsausschuß, der aus dem bisherigen Vorbereitungsausschuß hervorging, wurde mit der Ausarbeitung einer Organisations- und Geschäftsordnung und des Ausstellungsprogramms betraut. Gleichzeitig wurde beschlossen, für die böhmischen Länder lokale Ausstellungsausschüsse einzurichten, die die Ausstellung propagieren und den vorbereitenden Arbeiten größere Mobilität sichern sollten.

Der Vollzugsausschuß entwickelte beachtliche Aktivität. Binnen einiger Tage

¹⁶ Sto let práce. Zpráva o všeobecné zemské výstavě v Praze 1891 [Hundert Jahre Arbeit. Bericht über die allgemeine Landesausstellung in Prag 1891]. Bd. 1. Praha 1893, 18.

erstellte er die geforderten Materialien. Hier erklärte er es zur zentralen Aufgabe der Ausstellung, „ein möglichst vollständiges Bild sämtlicher Erzeugnisse des Landes zu bieten“, und verkündete eindeutig, die Ausstellung werde veranstaltet „als ein gemeinsames Unternehmen beider Stämme des Landes, und es werde in jeder Hinsicht die unbedingte Gleichberechtigung beider Nationalitäten gewahrt“¹⁷.

Der Organisationsapparat der Jubiläumsausstellung kam gegen Ende des Jahres 1889 gewaltig in Schwung. Ein überwältigender Enthusiasmus und die erwiesene Fähigkeit der Mitglieder des Vollzugsausschusses halfen, den Ruf und die Stellung der Altschechen zu verbessern. Zur selben Zeit reisten ihre politischen Führer in dem festen Glauben nach Wien, daß eine Übereinkunft mit den deutschen Liberalen Böhmens ihre Stellung im tschechischen politischen Leben festigen werde.

Die Einladung des Grafen Taaffe

Nach den Weihnachtsfeiertagen des Jahrs 1889 versandte der zisleithanische Ministerpräsident Graf Eduard Taaffe eine Einladung zu Beratungen über eine „deutsch-tschechische Versöhnung“ an die Vertrauensmänner der deutschen Liberalen, die Aristokraten der konservativen Partei und den sogenannten verfassungstreuen Großgrundbesitz, an drei altschechische Politiker und fünf Minister seines Kabinetts. Die deutschen Liberalen nahmen die Einladung nach der ausdrücklichen Zusicherung an, daß das Thema der Verhandlungen in keinem Fall Fragen sein würden, die die staatsrechtliche Stellung Böhmens betrafen. Für die altschechischen Politiker F. L. Rieger, K. Matuš und A. O. Zeithammer war – sowie im übrigen auch für die deutschen Liberalen – die amtliche Vorladung keine Überraschung. Sie erwarteten sie, denn sie war das Ergebnis nahezu einjähriger Verhandlungen hinter den Kulissen, die sich während der Sitzungsperiode des Reichsrates im Frühjahr und Herbst in der Wiener Wohnung Ernst von Pleners abgespielt hatten.

Am Samstag, den 6. April [1889; d. Verf.] ging ich mit Rieger zu Plener in den Schottenhof (11. Treppe, 3. Stockwerk). Nachdem wir in den ersten Raum geführt worden waren, wurden wir von Plener willkommen geheißen, der uns seiner Schwiegermutter, der Baronin von Eötvös vorstellte, welche am Tag zuvor auf Besuch gekommen war. Anwesend war auch Baron Schar Schmid. Nach einer kurzen Weile kam die Dame des Hauses, die uns sehr freundlich empfing und sich bald als gesprächige, sehr gebildete und nette Frau zu erkennen gab. Auch der alte Herr, der ehemalige Finanzminister, erschien und begrüßte uns herzlich. Nach einem kurzen Gespräch begaben wir uns in das Speisezimmer nebenan. Beim Essen nichts von Politik, nichts von den nationalen Reibungen, es wurde über alles Mögliche gesprochen, über die unbekannte Vergangenheit ungarischer Familien, die sich schöne, klangvolle, oft auch historische Namen geben, über die Pariser Weltausstellung, über Prag und seine Sehenswürdigkeiten usw. Nach einem schwarzen Café verabschiedeten wir uns von den Damen und dem alten Herrn und gingen in die geräumige Bibliothek, wo Plener, Schar Schmid, Rieger und ich am Tisch Platz nahmen. Plener begann das Gespräch, er legte den Stoff dar, über den eine Übereinkunft notwendig ist, und hob drei Punkte hervor: 1. die Sprachfrage (Amtsführung) in den deutschen Kreisen, 2. die Abgrenzung der deutschen Kreise, 3. Die Frage der Sektionen im Landeskulturrat für landwirtschaftliche Angelegenheiten und im Landesschulrat¹⁸.

¹⁷ Programm všeobecné zemské výstavy v Praze [Das Programm der allgemeinen Landesausstellung in Prag]. In: Jubilejní výstava zemská 18–26.

¹⁸ Matuš, Karel: Paměti [Erinnerungen]. Praha 1921, 122.

Nach Neujahr 1890 reisten – obgleich von der eigenen Partei nicht delegiert – die Altschechen nach Wien in der Hoffnung, ein eventueller Erfolg der Wiener Verhandlungen könne der altschechischen Partei das verlorene Vertrauen der tschechischen Wähler zurückbringen. Die Jungtschechen, die bei den Wahlen für den Landtag im Sommer 1889 den Altschechen eine bedenkliche Niederlage zugefügt hatten, erhielten keine Einladung zu den Verhandlungen. Warum, das war in Böhmen jedem mehr oder minder klar. Für den Kaiser waren sie nicht „salonfähig“, er betrachtete sie als „verderbliche Partei“, gegen die man „energisch mit allen Mitteln kämpfen muß“¹⁹. Als bei der Eröffnung der Verhandlungen am 4. Januar 1890 Rieger bemerkte, „daß die Jungtschechen Widerspruch erheben werden, weil sie nicht eingeladen wurden“, antwortete Graf Taaffe, daß „ihre Anwesenheit dem Werk des Friedens nicht nützen würde und daß auch von deutscher Seite die extremen Elemente nicht eingeladen seien“²⁰. Mit Ausnahme der Jungtschechen kam in Wien jedoch das gesamte politische bzw. parlamentarische Spektrum Böhmens zusammen.

Die Vereinigte Deutsche Linke, das heißt die deutschen Liberalen, vertraten der aus Eger stammende Ernst von Plener, ferner der Obmann der deutschen Liberalen in Prag, Franz Schmeykal, der Sekretär der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer, Hermann Hallwich, Baron Max Scharschmid und Ludwig Schlesinger. Die deutschen Liberalen wurden also von Gemäßigten und Radikalen vertreten, sofern sich diese Begriffe überhaupt verwenden lassen.

Nach Karel Kazbunda war der Führer der deutschen Liberalen Böhmens, F. Schmeykal, dem Gedanken der nationalen Versöhnung am günstigsten gesinnt. Zu den Gemäßigten gehörte auch H. Hallwich, „ein Fachmann in Fragen der Handelspolitik, der

mehr Sinn für praktische als für ausschließlich deutschnationale Bedürfnisse hatte und somit auch für das Ziel einer nationalen Versöhnung. Die Domäne des Professors Dr. Schlesinger, den man ebenfalls zu den versöhnlichen Elementen der Verhandlungen rechnen kann, war das Schulwesen, in dem dieser perfekte Kenner der nationalen Verhältnisse in den sogenannten Sudetengebieten den Deutschen eine anerkannte Autorität war. Den Baron von Plener und Scharschmid hingegen lernten wir als eifrige Verfechter deutschnationaler Gedanken kennen, für die die Landesgrenzen, ja, tief im Innersten, nicht einmal die Grenzen der Monarchie etwas bedeuteten. Insbesondere Plener war ein Repräsentant jener deutschen nationalen Opposition, tätig vor allem und eigentlich ausschließlich im politischen Interesse der Partei und keineswegs des österreichischen Reiches. Während Dr. Schmeykal ein Sohn des Landes war, in dem er lebte, dessen Bedürfnisse er kannte und für die er ein hingebungsvolles Verständnis hatte, wuchs Plener in Wien auf und war mit dem Land Böhmen eigentlich nur über sein Reichsratsmandat und das Landesmandat für die Egerer Handelskammer verbunden. Hier hieß es für die tschechischen Mitglieder, sich auf Zähigkeit, ja Hinterhältigkeit in Herbstscher Manier vorzubereiten. Der Vertreter des verfassungstreuen Adels, Pleners persönlicher Freund, Graf Oswald von Thun, war mehr als bloß ein loyaler Repräsentant der deutsch-österreichischen zentralistischen Denkrichtungen nach der Ideologie des soeben verstorbenen Carlos von Auersperg. Nationale Sympathie und Antipathie waren in ihm scharf ausgebildet“²¹.

¹⁹ Ebenda 127.

²⁰ Heidler, Jan: Příspěvky k listářu Dra Frant. Lad. Riegra, díl II. Z let 1872 až 1903. Zápisky Marie Červinkové-Riegrové z 4. až 16. ledna 1890 [Beiträge zur Dokumentensammlung Dr. Frant. Lad. Riegers, Bd. II. Aus den Jahren 1872 bis 1903. Die Memoiren Marie Červinka-Riegers vom 4. bis 16. Januar 1890]. Praha 1926, 432.

²¹ Kazbunda, Karel: Krise české politiky a vídeňská jednání o t. zv. punktace roku 1890 [Die

Die Vereinigte Deutsche Linke, deren inoffizielle führende Figur Ernst von Plener war, war die Dachorganisation aller österreichischen Liberalen der unterschiedlichsten politischen Schattierungen und vielfältiger regionaler Interessen. Vom Moment ihrer Entstehung an wurde die Vereinigte Deutsche Linke von Journalisten verspottet, sie sei weder links, geschweige denn vereint²². Das war die Wahrheit, denn die deutschen Liberalen verbanden sich gegen Ende der achtziger Jahre bereits nur noch auf der Grundlage des angestrebten Sturzes des politischen Systems Taaffe, und ihre lockere Verbindung überlebte den Fall Taaffes nur um einige Monate. Dazu trug übrigens auch der Sieg der Vereinigten Deutschen Linken in den Reichstagswahlen im Vorfrühling 1891 in bedeutendem Maße bei.

Die Vereinigte Deutsche Linke bildete den stärksten Block in der Abgeordnetenversammlung des Reichsrates, auch wenn vom Ende der achtziger Jahre an im deutschen Lager Steinwenders und Schöneres „Nationale“ und die „Vereinigten Christlichen“ Luegers an Stärke gewannen. Die Deutschnationale Vereinigung mit Otto Steinwender an der Spitze und Schöneres Verband der Deutschnationalen war in Nationalitätenfragen einschließlich des Verhältnisses zur jüdischen Bevölkerung völlig kompromißlos. Zu ihrer Bastion in den böhmischen Ländern wurde Reichenberg, wo sie bereits im Jahre 1885 das Rathaus beherrschten. Der Führer der Vereinigten Linken Ernst von Plener und sein „Prager Statthalter“ Franz Schmeykal mußten auf diese Tendenzen im eigenen nationalen Lager Rücksicht nehmen und mit ihrer unveröhnlichen Haltung, vor allem gegenüber dem böhmischen Staatsrecht, eventuellen Angriffen der Nationalen zuvorkommen. Der Kampf gegen die Stremayrsche Sprachenverordnung als Teil des politischen Programmes der tschechischen Politik wurde in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu einem der Fixpunkte, in denen sich das tagespolitische wie das Langzeitprogramm der deutschen Liberalen Böhmens profilierte. Der Zweikampf der Rechten und der Linken in der Abgeordnetenversammlung des Reichsrates führte in dieser Zeit im Grunde – und das unabhängig davon, was verhandelt wurde – zu diesem Grundthema zurück.

Plener sprach gegen das böhmische Staatsrecht. Ein gewaltiger Eindruck im ganzen Parlament, Spannung. In der Person Pleners verkörperte sich gleichsam all die Schroffheit und Rücksichtslosigkeit des harten deutschen Wesens, seine Worte strahlten den nicht zu bändigenden Groll und die stolze Verachtung dessen aus, was uns heilig ist, was das Ziel unserer Bemühungen und Sehnsüchte ist. Diese klare Ablehnung und Unversöhnlichkeit, dieser Abgrund zwischen unseren Aspirationen und der deutschen Herrschsucht, die niemals, niemals! ruft, offenbarte sich sozusagen mit jedem Wort, ja, mit jedem Ton und Klang seiner Stimme. Es war etwas in dieser Rede, was das tschechische Blut in Wallung bringen mußte. Es war in dieser Rede die Kraft des Redners, die Stärke des Geistes und die Stärke des Hasses. Und als die ganze Linke seinen Worten beistimmte, ihren Beifall zollte, vorgebracht wie von einem Mann, da fühlte ich, welche Macht gegen uns steht, diese mächtige, zahlenstarke Linke, einig und einmütig in ihrem Widerstand gegen uns, ich fühlte, wie das kleine Schiff unserer Hoffnungen im wogenden Meer fremden Hasses schwimmt und wie diese künstlich zusammengeschweißte und aus verschiedenen Elementen verbundene Rechte doch eine schwache Stütze ist, die dieses innere Bindeglied nicht

Krise der tschechischen Politik und die Verhandlungen um die sogenannten Punktationen im Jahr 1890]. ČČH 40 (1934) 492f.

²² Höbelt, Lothar: Die Linke und die Wahlen von 1891. Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 40 (1987) 271.

hat, das die Reihen der deutschen Linken einigt ... Hier begreift man, wie auch die Regierung, die diese deutsche Kraft fürchtet, sich mit Doppelzüngigkeit behilft, und wie weit es noch ist, bis wir unseren Sieg feiern können²³.

Ein erheblicher Teil der Deutschen Böhmens verfolgte während des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts die zunehmende politische und wirtschaftliche Emanzipation der tschechischen Mitbürger mit unverhohlenen Befürchtungen. Die tschechische „wirtschaftliche Wiedergeburt“ berührte bereits die ökonomischen und auch die politischen Vorteile der Deutschen, bei denen bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts die nationale Leidenschaft nicht entfesselt worden war und die über eine Teilung der böhmischen Länder in zwei Hälften gemäß der Nationalitätengrenzen nicht einmal nachgedacht hatten. In den achtziger Jahren empfanden sie das wirtschaftliche Erstarren des tschechischen Elements bereits bei jedem Schritt, was sie kundtaten, indem sie die verschiedensten tatsächlichen und angeblichen Ungerechtigkeiten in den Prager deutschen Zeitungen und Dutzenden von deutschen Lokalblättern zusammentrugten. Dazu gesellte sich eine instinktive Angst um das „deutsche Österreich“, in dem sich manche schon mehr als „Mieter“ denn als „Eigentümer“ fühlten. Österreich erschien ihnen in der Regierungszeit Taaffes wie ein undefinierbares „Hotel Austria“, in dem sie angeblich „den höchsten Mietzins“ zahlten „und dafür schmutzige und ungesunde Räume und schlechte Verpflegung erhalten“, während die anderen seltsamen Völkerschaften, die froh sein könnten, daß sie Österreich unter sein Dach nahm, auf Kosten der Deutschen lebten²⁴. Immer mehr Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien setzten heimlich und auch unverhohlene Hoffnungen in das benachbarte große vereinigte Deutschland. Das Gefühl der Entfremdung im eigenen Haus wuchs in den neunziger Jahren noch erheblich und nahm bei den Alldeutschen Schöneres sogar irredentistische und antistaatliche Züge an. Diese Unzufriedenheit spaltete auch den bisher einheitlichen Block der deutschen Liberalen und trieb einige seiner Mitglieder ins Lager des extremen Nationalisten.

Auch ein Teil der politischen Spitze der deutschen Liberalen in Böhmen teilte diese ernste Furcht um ihre nationale Identität, die sich in dem schrittweisen Verlust der sprachlichen, politischen und nun auch der wirtschaftlichen Privilegien äußerte. Sie fürchtete auch das Wörtchen „Jubiläums-“ in der offiziellen Bezeichnung des Ausstellungsprojektes, denn es erinnerte an die Krönung des böhmischen Königs vor hundert Jahren und folglich – wenn auch nur formal – an die Bestätigung der fortdauernden Staatlichkeit des Königreichs Böhmen. Den wachsenden tschechischen Nationalismus und die sichtliche wirtschaftliche Emanzipation der tschechischen Nation vor Augen, sahen sie die Zukunft der zweieinhalb Millionen starken deutschen Enklave in den böhmischen Ländern immer mehr in ihrer allmählichen Absonderung von den rechtlichen, kulturellen, politischen und letztendlich auch den wirtschaftlichen Verbindungen dieser Region. Für die deutschen Liberalen war das böhmische Staatsrecht veraltetes Gerümpel, das die Grundfesten des dualistischen Österreich-Ungarn bedrohte.

²³ Heidler: Příspěvky k listáři. Zápisky Marie Červinkové-Riegerové z 12. 12. 1889.

²⁴ Bohemia Nr. 68 vom 9. 3. 1889. Aus dem Reichsrathe. Rede des Abgeordneten Türk.

Abschließend möchte ich mich an die Herren Jungtschechen wenden. Der Herr Abgeordnete Edvard Grégr sprach am Ende seiner bewundernswerten Rede eine gewisse Art positive Haltung aus. Er wünschte sich, daß es so bald wie möglich zur Verständigung zwischen unseren beiden nationalen Stämmen kommen möge ... Der Herr Abgeordnete Grégr sagte: „Wir sind bereit, mit den Deutschen Frieden zu schließen, dafür müssen jedoch einige Voraussetzungen vorhanden sein. Davon ist die erste die Anerkennung dieses Landes als Heimat der Deutschen.“ Nun, Sie wissen sehr gut, daß wir gegen den einfachen Ausdruck Heimat ... der Deutschböhmen überhaupt nichts einwenden. Aber leider verbirgt sich hinter diesem Wort – erlauben sie mir diesen Ausdruck – ein hinterhältiger Gedanke, nämlich in dem Sinne, daß wir uns als böhmische Staatsangehörige fühlen sollen (Ausruf Dr. Grégrs: Ja!). Ja, ich danke Ihnen für diese Bestätigung. Ich habe diese Auslegung vorausgesetzt. Nun ist sie auch ganz authentisch vom Führer der Jungtschechen bestätigt. Das ist aber ein Prinzip, das die Deutschen trotz ihrer Bereitschaft zur Versöhnung und trotz ihrer versöhnlichen Stimmung nicht annehmen können. Zwar gehören die Deutschen zu Böhmen, aber sie wollen keine böhmische Staatsbürgerschaft. Die Deutschen fühlen sich national als Deutsche, und politisch sind sie österreichische Staatsbürger. Etwas Drittes existiert nicht²⁵.

In diesem Kontext waren die Wiener Verhandlungen ein Versuch, das Unvereinbare zu vereinbaren: Auf der einen Seite sollten sie die deutschen Liberalen zurück auf die Bänke des böhmischen Landtages bringen, die sie Ende des Jahres 1886 im Protest gegen die fortschreitende sprachliche Utraquisierung der staatlichen Ämter verlassen hatten (und damit im Protest gegen eine teilweise Erfüllung einer der Punkte des böhmischen staatsrechtlichen Programms), und auf der anderen Seite sollten sie „etwas“ für die Stärkung der erschütterten Position der regierungsfreundlichen Alttschechen tun. Die Realitätsferne dieses Kompromisses deutete – allerdings erst nach den Erfahrungen mit der Punktation – Ernst von Plener Ende 1891 im Reichsrat an, als er, an die Adresse der Jungtschechen gerichtet, bemerkte:

Sie führen den Kampf nicht nur gegen ihre deutschen Mitbürger, sondern Sie kämpfen auch gegen die unabänderliche Existenz des österreichischen Staates. Am Ende dieses Kampfes wird nicht Ihr Sieg stehen! Ein Erfolg wird sich nicht einstellen, weil ihn Österreich nämlich überhaupt nicht zulassen kann. Österreich könnte nicht existieren, wenn Ihr staatsrechtliches Programm verwirklicht werden würde²⁶.

Die Alttschechen waren zweifellos jenseits ihres politischen Zenits, als sie die Verhandlungen in der Wiener Residenz des zisleithanischen Ministerpräsidenten eröffneten. Ihre „Brosamenpolitik“ in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wies keinerlei eindrucksvolle Erfolge auf. Ihre Ausweglosigkeit kritisierten nicht nur die Jungtschechen, die im Jahr 1887 auch auf dem Boden des tschechischen Klubs im Reichsrat die formale Loslösung von den Alttschechen vollendeten, sondern auch die politisierende tschechische Intelligenz, die sich jüngst in der realistischen Strömung vereinigt hatte. Beide tschechischen Parteien, oder Fraktionen, zogen vor allem dagegen zu Felde, daß die alttschechischen Abgeordneten in den Reihen der parlamentarischen Rechten Taaffe beisprangen.

Das Ziel der aktivistischen Politik ist die Sammlung und die Vermehrung des verlorenen politischen Gewichts, die Gewinnung größerer und kleinerer Vorteile, die allmähliche Stärkung

²⁵ Plener, Ernst von: Reden 1873–1911. Stuttgart-Leipzig 1911, 539.

²⁶ E b e n d a 622.

der Kräfte und das alles im Rahmen der Verfassung, damit eines Tages die Söhne und Enkel der Deklaranten den Vorstoß für das Staatsrecht vorantreiben können, das wir früher direkt erobern wollten. Fragen wir uns gegenwärtig, wie sich der tschechische Klub in diese Situation einfügt? Ich antworte: nicht gut. Daß vorgegangen wird, können wir uns ganz und gar aus der menschlichen Natur der handelnden Personen erklären – derselben Personen, die in der ersten Reihe des passiven Widerstandes standen. Im fortgeschrittenen Alter verändert man schwer mit einem Mal die ganze Art und Weise, die Richtung des Fühlens, Denkens und Wollens. Dem polternden Tribun und Deklaranten gelingt es auf seine alten Tage schlecht, sich als Salonpolitiker und ruhigen Staatsschachspieler zu verkleiden; der enge Frack platzt jeden Augenblick, und drunter schaut das grelle Gewand des ehemaligen Oppositionellen hervor. Es ist wahr, die Führung der altschechischen Partei eignete sich das Äußere einer gewöhnlichen Mehrheitsfraktion im österreichischen Parlament an: sie hält das Bündnis mit der Rechten, sie unterwirft sich der Regierung und höheren Wünschen, ja sogar in den Journalen verkündet sie meist Mäßigung und Bedacht – aber das Herz und die Aufmerksamkeit und die ganze Innigkeit und die Energie des Geistes fehlen dabei, fehlen völlig. Die ganze Tätigkeit im Parlament scheint ihren Geist nur oberflächlich zu beschäftigen, alles das ist nur ein kurzes, vorübergehendes Manövrieren mit einer schwachen, ungeübten Truppe – von fern jedoch hören sie bereits das dröhnende Marschieren mächtiger verbündeter Regimenter, die auf den Kampfplatz eilen. Und wer ist dieser Verbündete? Der Zufall, der *deus ex machina*. Bis dort irgendwo an der türkischen Grenze die Nationen aneinandergeraten, bis der Franzose den Deutschen wieder zu Boden wirft, dann fällt uns die Frucht des Staatsrechts reif in den Schoß²⁷.

Mit dem Abgang der Deutschen aus dem böhmischen Landtag fiel die wichtigste Bande fort, die die Jungtschechen noch schwach bei den „Alten“ gehalten hatte. Die Beziehung dieser Parteien untereinander verschlechterte sich nach dem Jahr 1886 noch weiter und endete nicht selten mit Verleumdungen in der Presse und mit geschmacklosen Indiskretionen. Die politische Kultur war nicht die stärkste Seite der „Jungen“ und eigentlich auch nicht der „Neuen“, also der Realisten. Es lag viel Wahrheit in dem Seufzer, den Rieger im Januar 1889 ausstieß, daß ihn Böhmen „sich Talent noch finden läßt, Charakter aber wenig“²⁸.

Während die deutschen Liberalen ganz bewußt die Resultate der tschechischen Politik überbetonten, die seit dem Jahr 1879 aktiv von den Altschechen und den Angehörigen des böhmischen konservativen Adels geführt wurde, und sie in Kontrast zu den eigenen Errungenschaften und der gesamten Außenpolitik der Monarchie setzten, erachteten die Jungtschechen wiederum „die bisherigen positiven Errungenschaften des Sekundierens der Regierung Taaffe durch die Altschechen“ als äußerst ärmlich und der aufgebrachten Anstrengung und Steuerkraft der böhmischen Länder unangemessen²⁹. Die Attacke der Jungtschechen gegen die Altschechen steigerte

²⁷ Kaizl, Josef: *Z mého života* [Aus meinem Leben]. Bd. 2. Hrsg. v. Zdeněk V. Tobolka. Praha 1911, 531 f. (Artikel aus „Čas“ vom 1., 8. und 15. Juni 1889).

²⁸ Heidler: *Príspevky k listáři* 384.

²⁹ Wenn wir allerdings heute aus der Distanz von hundert Jahren über die Ergebnisse der tschechischen Politik bis 1890 nachdenken, dann müßten wir zu dem Schluß kommen, daß sie im Kontext der Emanzipation der kleinen europäischen Nationen eigentlich recht erfolgreich war, wenn nicht sogar ohne Vergleich. Sicherlich, die politischen bzw. staatsrechtlichen Maxime, die das tschechische Bürgertum in Verbindung mit der föderalistisch gesinnten Mehrheit des böhmischen historischen Adels aufgestellt hatte, wurden nicht erreicht. Dennoch läßt sich eine ganze Reihe bedeutender und vor allem dauerhafter Erfolge verzeichnen. Einige von ihnen werden im vorliegenden Text besprochen.

sich nach den Wahlen zum böhmischen Landtag im Juni 1889, die bezeugten, daß die alttschechischen politischen Spitzen bereits die Initiative verloren hatten und nicht fähig waren, auf die sich verändernden sozialen Verhältnisse in der tschechischen Gesellschaft zu reagieren. Die Alttschechen verloren in diesen Wahlen ihre dominante Stellung in der tschechischen Politik, und weitere Niederlagen ließen nicht lange auf sich warten. In dieser für den Alttschechen nicht beneidenswerten Situation traf in Prag das Angebot zu Verhandlungen über einen tschechisch-deutschen Ausgleich ein.

Die Alttschechen nahmen das Angebot an und bestätigten damit nur, daß sie den Weg zum politischen Aufstieg nicht über den „tapferen offenen Kampf“ suchen konnten, sondern eher über Kabinettsverhandlungen mit Wien, die sich am allerbesten an die Hilfe von Aristokraten oder des Landsmann-Ministers Baron Pražák knüpften. Sie waren gar nicht fähig, anders zu handeln. Rieger, Mattuš und Zeithammer waren schon mehr als reife Herren (71, 53 und 57 Jahre alt), und ihr Widerwillen, sich durch die Psychosen der Straße leiten zu lassen, erklärte sich auch aus der Wichtigkeit der Pfründe, die sie vertraten. Rieger und sein Schwiegersohn Albín Bráf waren beispielsweise Großgrundbesitzer und Mitglieder des Klubs der Großgrundbesitzer. Karel Mattuš wurde im November 1889 mit der Unterstützung seiner adeligen Freunde zum Vorsitzenden der neu gegründeten Landesbank ernannt, die in den folgenden Jahren dank der verschiedensten Förderungsmaßnahmen großen Einfluß auf den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes hatte³⁰. Ihre politische Laufbahn beschlossen sie in der Regel als kaiserlich ernannte Mitglieder des Herrenhauses des Reichsrates (Rieger 1897, Zeithammer 1909), als Hofräte und Träger des Komturkreuzes Kaiser Franz Joseph-Ordens.

Nach Wien reisten sie Anfang Januar 1890 zwar als formal nicht beauftragte, aber als allgemein anerkannte Autoritäten ihrer Partei. Ihre genaue Charakteristik lieferte Karel Kazbunda:

[F. L. Rieger] war nicht nur der erste Vertreter, sondern vielmehr direkt die Personifikation des alttschechischen Gedankens, der Grundsätze, mit denen er herangewachsen war, und die nun in einem kritischen Augenblick einer gefährlichen Belastungsprobe ausgesetzt werden sollten. Die beiden anderen, Mattuš und Zeithammer, waren in jungen Jahren dem verführerischen Einfluß des Radikalismus nicht entgangen, bevor sie sich dazu entschlossen hatten, dort zu ankern, wo die Verhältnisse und Mittel einzig und allein ein positives Ergebnis zu versprechen schienen. Ersterer verlebte seine politische Jugend in der Jungbunzlauer Gegend in unmittelbarer Nähe des Wirkungsfeldes des Fürsten-Demokraten Dr. Rudolf von Thurn und Taxis, der zweite wurde erst im Herbst 1866 fest für die alttschechische Partei gewonnen. In amtlichen Schreiben aus den frühen sechziger Jahren, die sich mit der Tätigkeit von Taxis' befassen, findet

³⁰ Dafür, daß Mattuš dieses Amt erhielt, legte F. L. Rieger mehrfach beim Minister Pražák Fürsprache ein, mit der Begründung, man könne Mattuš „nichts abschlagen (auch nichts übelnehmen), da er doch sieben Kinder hat“. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß „Herr Graf Taaffe ihm versprochen habe, ihm einen Verwaltungsratsposten bei der Eisenbahn zu besorgen, damit er die Direktorenstelle nicht annehmen müsse und im Reichsrat bleiben könne“. Siehe: Paměti a listář dra Aloise Pražáka, Listář z let 1849–1901 [Erinnerungen und Dokumentensammlung des Dr. Alois Pražák, Dokumentensammlung der Jahre 1849–1901]. Bd. 2. Hrsg. v. František Kameníček. Praha 1927, 326 (F. L. Rieger an A. Pražák 23. 9. 1889).

sich der Name des jungen Juristen Mattuš mehrfach. Über Zeithammer behauptet eine böse Zunge in einer amtlichen Mitteilung aus dieser Zeit, daß er sich für die altschechische Partei auf die Zusage der Mitgliedschaft im Landtag hin entschloß, welche ihm dann auch zuteil wurde. Zeithammer, dem der Herrscher nach seiner Wahl zum Prager Bürgermeister im Jahr 1876 als Deklarant und „unversöhnlichem Gegner der Verfassung“ die Bestätigung verweigerte, war derzeit Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung. Der gewandte und gescheite Parlamentarier, der Zeithammer war, blieb er doch als Mensch und Politiker ein nüchterner, trockener Professor, der zwar überzeugen, keineswegs aber fesseln und begeistern konnte. Dafür zeichnete Dr. Mattuš eine tiefe, eingehende Kenntnis aller Facetten der politischen und rechtlichen Probleme aus, womit er die Großzügigkeit Riegers passend ergänzte; in Verhandlungen dann Offenheit und Direktheit, die manchmal nahezu undiplomatisch waren, Ausgewogenheit, dabei jedoch Festigkeit und vor allem Ehrenhaftigkeit, Vorzüge, mit denen er stets den geforderten Zweck erreichte und vollkommen ersetzte, was ihm durch sein weniger günstiges Äußeres nicht vergönnt war²¹.

Während sich die erste altschechische Garnitur in die Fallstricke der Punktationen stürzte, verwirklichte sich die „zweite“, „unpolitische“, die vor allem durch Prager Unternehmer aus den Vorstädten vertreten wurde, auf einem ganz anderen Gebiet. Sie wurde reich und bereitete die allgemeine Landesausstellung vor, wobei sie weder Geld noch Zeit sparte. Diese zweite altschechische Garnitur hatte ihre Bastionen in Karlín und in der Handels- und Gewerbekammer. Die Mitglieder, die sich hier profilierten, waren Bohumil Bondy, František Křížík, Václav Nekvasil, Jan Sedlák und Josef Topinka. In der Korrespondenz Riegers, in den Memoiren Mattuš' und Bráfs findet sich über sie und über die Ausstellung im Grunde genommen nichts von Bedeutung. Die erste Garnitur der Altschechen war offenkundig in dieser Zeit vom Wahlkampf, der Vorbereitung und folgenden Verteidigung der Punktationen, von den Sitzungen im böhmischen Landtag und im Reichsrat und der Rettung der eigenen Partei und Presse völlig in Beschlag genommen, so daß sie der Vorbereitung der Landesausstellung keine Aufmerksamkeit widmete. Die Ausstellung war währenddessen für niemanden politisch ein heißes Eisen, sie war vielmehr eine riskante und finanziell aufwendige Angelegenheit, über deren Gelingen bis zum letzten Moment Zweifel herrschten.

Auch bei den Wiener Verhandlungen offenbarte sich eine ausgeprägte Abhängigkeit von den Aristokraten des böhmischen konservativen Großgrundbesitzes als grundlegendes Axiom der altschechischen Politik. Diese Abhängigkeit war auch eine der Hauptursachen für die rasche Ablösung der jungtschechischen Richtung von der Nationalpartei. Der politische und auch der wirtschaftliche Einfluß des Adels waren gegen Ende der achtziger Jahre in Böhmen sehr bedeutend. Immerhin besaß der adelige Großgrundbesitz fast ein Drittel des Bodens. Der Adel, der sich seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts in eine Schicht von Großgrundbesitzern, Kohlebaronen und Rentiers, von Amtsträgern im Staat und bei Hof, von Verwaltungsratsvorsitzenden in Industrie-, Transport- und Bankunternehmen verwandelt hatte, hielt auch weiterhin an seinem starken traditionellen Klassenbewußtsein und der sichtbaren Distanz von der bürgerlichen Gesellschaft fest. Wenn auch die Revolution von 1848–1849 und spätere Reformen von oben die politischen und gesellschaftlichen Funktionen des Adels bedeutend verringert hatten, war sein Besitz doch keineswegs

²¹ Kazbunda: *Krise české politiky* 490.

bedroht, und es lag ausschließlich an jedem einzelnen, wie geschickt er sich in die neue kapitalistische Gesellschaft einfügte, welche Form von Unternehmen er wählte und wie schnell er ein neues Wirkungsfeld in der veränderten politischen Szene fand. Der Großteil der böhmischen Edelleute hatte auf Lebenszeit reservierte Sitze im Herrenhaus des Reichsrates und genoß aufgrund seiner vornehmen Herkunft die verschiedensten Protektionen und Privilegien, die ihm auch den Eintritt ins Unternehmertum erleichterte. Davon abgesehen, gewährte das Kurienwahlsystem den Besitzern großer Ländereien eine starke Position in den Institutionen von Land und Reich.

Im böhmischen Parlament hatte zu Beginn der neunziger Jahre der konservative Großgrundbesitz dank der verbogenen Wahlgeometrie gewöhnlich bis zu 50 von 236 Stimmen, und er war bis zum Ende des parlamentarischen Lebens in Böhmen die kompakteste politische Gruppierung. Da die Jungtschechen zusammen mit alttschechischen Überläufern ungefähr ein Viertel der Abgeordneten zählten und die deutschen liberalen Abgeordneten ebenfalls ungefähr ein Viertel der Sitze innehatten, wurde der Block der Großgrundbesitzer im böhmischen Parlament zum imaginären Zünglein an der parlamentarischen Waage, das über die politischen Geschehnisse des Landes, über die Finanzierung der verschiedensten Landesinstitutionen und Förderungsmaßnahmen entschied. Nach dem Tod zweier bedeutender Persönlichkeiten aus den Reihen des böhmischen Adels, Heinrich Jaroslav von Clam-Martinitz und Leo von Thun, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre fand der Klub der konservativen Großgrundbesitzer bereits keine führende Persönlichkeit mehr, die, „was Durchsetzungsfähigkeit, Temperament und Geschicklichkeit, vor allem aber Unabhängigkeit vom Thron anbelangt“, sein Programm geprägt hätte. Die Führung des Klubs ging an Richard von Clam-Martinitz, Friedrich von Kinsky, Karl von Schwarzenberg, Franz von Thun-Hohenstein und an Georg von Lobkowitz über, der den Vorsitz im böhmischen Landtag führte. Fürst Georg von Lobkowitz glich jedoch – wie Kazbunda behauptet – Heinrich von Clam-Martinitz nur in den „orthodoxen historisch-staatsrechtlichen Grundsätzen“ und der „politischen Routine“, keineswegs jedoch „in seinem Verständnis für die modernen nationalen tschechischen Sprachforderungen“. Die Grafen R. Clam-Martinitz und F. Kinsky, „denen parteiliche Intransigenz fremd war“, zeigten bereits eine erkennbare Neigung zum Kompromiß, „stets bereit, sich dem Thron zu unterwerfen, so daß sich aus dem engsten Kreis der Familie Rieger am Vorabend der Wiener Konferenz sogar eine warnende Stimme vernehmen ließ, die Mißtrauen gegen die adeligen Verbündeten äußerte“³².

Die offenkundige Lauheit in der Staatsrechtsfrage begann in den Reihen des böhmischen Adels etwa in der Zeit die Oberhand zu gewinnen, in die der politische Aufstieg der Jungtschechen fiel, deren große Wahlsiege der Jahre 1889 und 1891 zweifellos ihren offiziellen Kontakt mit den Alttschechen zerrissen. Eine politische Annäherung zwischen den siegreichen Jungtschechen und den böhmischen Edelleuten auf dem Feld des Staatsrechtes kam überhaupt nicht in Frage. Den Adel empörten und stießen die beständig zunehmenden „Krawalle“ in den Prager Straßen und der „hussitisch-soziale Zug“ der jungtschechischen Bewegung ab, die Jungtschechen wiederum er-

³² Ebenda 492.

trugen die Privilegien der ersteren, deren Steifheit und Renegatentum nicht. Zudem hörte selbst der böhmische konservative Adel auf, „das alte staatsrechtliche Ideal“ als zentrale Richtschnur seiner Politik zu betrachten, und begann seine Zweckmäßigkeit zu bezweifeln.

Ich erlebte einen höchst interessanten Auftritt, der sich mir für lange Zeit ins Gedächtnis einprägte. Einer nach dem anderen standen die alten Teilnehmer der Staatsrechtskämpfe aus der Zeit vor dem Jahr 1879 auf und trugen ernst und begeistert ihren Willen und ihre Ansichten vor, die nun im Lichte der Erinnerungen erschienen. Zuerst hielt der alte Fürst Karl von Schwarzenberg, teils in scharf polemischem Ton gegen den Sohn, eine flammende, wirklich lodernde Rede, in der er alle Angehörigen der konservativen Partei unter den Großgrundbesitzern darauf hinwies, welches eminent konservative Prinzip in der staatsrechtlichen Idee liege, und daß die konservativen Großgrundbesitzer, wenn sie wirklich konservativ sein wollen, jene nicht aufgeben dürfen. Und nach ihm erhob sich Graf Friedrich von Kinsky. Dieser ehemalige Kavallerieoffizier, mit seinen vom Reiten gekrümmten Beinen, gutherzig und freundlich, ein scheinbar winziger Mensch, wuchs mit einem Mal vor meinen verwunderten Augen in die Höhe, als er mit eindrucksvoller Innigkeit des Gefühls und bei ihm niemals vermuteter Beredsamkeit die Begeisterung schilderte, mit der die früheren Generationen an der Idee des Staatsrechts gehalten und was sie für diese auf sich genommen hatten, dann wies er voll Unmut den Gedanken, das Staatsrecht aufzugeben oder auch nur irgendein Zugeständnis zu machen, zurück. Vielleicht hing, was folgt, mit dieser Episode zusammen, oder ging aus eigenem Anlaß hervor . . . kurz, es wurde im Klub der Großgrundbesitzer eine Kommission gebildet, welche eine Art Programm erstellen sollte, wie die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse in Österreich heute gestaltet werden könnten, sofern sich irgendeine Möglichkeit, die staatsrechtliche Idee zu verwirklichen, bieten sollte . . . Zu dieser Kommission, die sich bei Graf Karl Buquoy traf, war auch Professor Jiří Pražák geladen. Wir trafen uns ein einziges und zugleich letztes Mal. Als wir nämlich versammelt waren und Pražák soeben erklärte, wie er die Landesverfassung aus dem Jahr 1861 einschätzte, traf der Vorsitzende des Landtages, Fürst Georg Lobkowitz, ein, der auch von der Existenz der Kommission wußte und zu ihr geladen war, und nahm unser Vorhaben gründlich auseinander. Er sagte, daß es ein rein akademisches Unterfangen sei, um das er uns nicht bringen wolle, wenn wir Freude daran hätten, er könne allerdings nicht verheimlichen, daß es sich auf eine eindeutige unpolitische Auffassung von den Dingen stütze. Was man werde fordern können, z. B. hinsichtlich des Verhältnisses zum Reich und Zisleithanien und hinsichtlich der gesetzgebenden Kompetenz des Parlaments, der Errichtung der öffentlichen Verwaltung des Landes usw., hänge völlig von den Verhältnissen und Kräften ab, wie sie sich in dem Augenblick präsentieren würden, in dem sich eine entsprechende Möglichkeit ergeben werde. Allein, man verberge die Zweifel nicht, ob sich überhaupt noch ein solcher Augenblick bieten werde wie in der Ära Hohenwart, jedoch bei nutzloser Arbeit, bei Gedankenspielen auf Vorrat, beteilige er selbst sich nicht. Und er empfahl sich. Nach einer Weile gingen auch wir anderen auseinander³³.

Das Ergebnis der Wiener Konferenzen waren elf Punkte, die mehr als eine von bloßen Kompromissen bestimmte Zusammenfassung der tschechischen und deutschen Forderungen darstellten. Sie stellten sozusagen ein Instrumentarium des kommenden tschechisch-deutschen Ausgleichs dar und beinhalteten:

1. Die Reorganisation und Rekonstruktion des Landschulrats.
2. Eine Neuregelung der das Minderheitenschulwesen betreffenden Gesetzgebung.
3. Eine Reorganisation und Rekonstruktion des Landeskulturrats für landwirtschaftliche Angelegenheiten.

³³ Bráf, Albin: Život a dílo [Leben und Werk]. Teil 1. Paměti [Erinnerungen]. Hrsg. v. Josef Gruber. Praha 1922, 2f.

4. Die Einrichtung einer neuen Handels- und Gewerbekammer in Ostböhmen.
5. Eine Revision der Wahlordnung für die Handels- und Gewerbekammer.
6. Eine Neueinteilung der Gebiete der Bezirks- und Kreisgerichte gemäß der nationalen Verhältnisse.
7. Die Reorganisation des Oberlandesgerichtes in Prag.
8. Eine Regelung der Vorgehensweise bei der Besetzung der Gerichte erster Instanz.
9. Die Revision der Verordnung über die Verwendung der Sprachen im Gerichtswesen.
10. Die Verwendung der Sprachen in den Selbstverwaltungsorganen des Landes.
11. Eine Erneuerung der Wahlordnung für das Landesparlament in Zusammenhang mit der Errichtung sogenannter nationaler Kurien³⁴.

Die Verhandlungen in der Herrengasse 10 dauerten vierzehn Tage und waren sehr schwierig.

Bei den Konferenzen führte Graf Taaffe den Vorsitz, allerdings ging er oft fort, und dann vertrat ihn Minister Pražák. Dauerte die Versammlung länger, was regelmäßig vorkam, passierte es dem vorsitzenden Ministerpräsidenten mehr als einmal, daß er für ein Weilchen einnickte. Fürst von Schönburg, Graf Oswald von Thun und Graf Friedrich von Kinsky griffen wenig in die Debatte ein. Die führende Position hatte auf der einen Seite Plener und neben ihm Dr. Schmeykal, auf der anderen Seite Fürst Georg Lobkowitz, der genau den tschechischen Standpunkt vertrat; Rieger allerdings griff sehr oft in die Debatte ein, nicht weniger Graf R. Clam-Martinitz³⁵.

Die Punktation wurde Ende Januar 1890 veröffentlicht und bis Mitte Februar von der Regierung und den Vertrauensleuten aller interessierten Parteien gebilligt. Die Jungtschechen, die vor der Eröffnung der Wiener Verhandlungen die Altschechen nachdrücklich vor jedem Ausgleich gewarnt hatten, „mit dem die besondere staatsrechtliche Stellung des böhmischen Königreichs verletzt oder sogar die Unteilbarkeit und Rechtseinheit dieser unserer Heimat aufgehoben werden könnte“, bedingten sich die Zeit zu ihrer eingehenden Analyse aus³⁶.

Die folgenden Vorkommnisse, die die Bemühungen der Regierung und der Teilnehmer, den ausgehandelten Vereinbarungen Leben einzuhauchen, begleiteten, zeigten allerdings, daß die Wiener Punktationen an Stelle einer nationalen Versöhnung in Böhmen das genaue Gegenteil brachte. Im Endeffekt fegte die Punktationen nämlich die altschechische Partei von der politischen Bühne Zisleithaniens, zerschlug die parlamentarische Mehrheit Taaffes und eröffnete ein weiteres Jahrzehnt erbitterter tschechisch-deutscher Kämpfe. Zu einer ersten Kraftprobe zwischen Tschechen und Deutschen wurde die allgemeine Landesausstellung, deren Eröffnung für das Frühjahr 1891 geplant war.

³⁴ Srb: Politické dějiny 772–776.

³⁵ Matuš: Paměti 125.

³⁶ Srb: Politické dějiny 771.

Die Ausstellung und der Ausgleich

Bevor die Landesausstellung zu einem Mittel der politischen Erpressung der deutschen Liberalen wurde, herrschte in Regierungskreisen die optimistische Erwartung einer deutlichen Verbesserung des Verhältnisses zwischen Tschechen und Deutschen im Königreich Böhmen vor. Kaiser Franz Joseph I. gestattete nach zweijährigem Aufschub dem Baumeister und Mäzen Josef Hlávka, die tschechische Akademie der Wissenschaften, Künste und Literatur zu gründen und zu dotieren. Im Mai 1890 übernahm der Kaiser außerdem die Schutzherrschaft über die geplante Ausstellung, und noch zwei Monate später erlaubte er der tschechischen theologischen Fakultät an der geteilten Karl-Ferdinand-Universität, den Betrieb aufzunehmen. Der böhmische Landtag billigte eine Subventionierung der Ausstellung in Höhe von 100 000 Gulden für die Herrichtung des Ausstellungsgeländes und beschloß gleichzeitig, daß für die Veranstaltung der Ausstellung unentgeltlich ein Teil des Königlichen Baumgartens zur Verfügung gestellt werden sollte. Der Prager Stadtrat subventionierte die Ausstellung mit 60 000 Gulden und versprach, auf dem Ausstellungsgelände auf eigene Kosten einen Pavillon der Stadt Prag zu errichten. Die Prager Handels- und Gewerbekammer stiftete dem Ausstellungsfond 7 000 Gulden, wovon 3 000 zum Kauf von Schränken und Tischen für den Industriepalast für weniger vermögende Handwerker ihres Kreises bestimmt sein sollten.

Die Führung der deutschen Liberalen in Böhmen, die bisher der Jubiläumsausstellung ablehnend gegenüberstanden und sogar eine eigene Ausstellung in Reichenberg durchgesetzt hatte, empfahl den deutschen Unternehmern, die Prager Ausstellung reich zu beschicken und auch zum Grund- und zum Garantiefonds der Ausstellung beizutragen.

In der Verlautbarung vom 13. 12. 1888 und vom 1. 8. 1889 bezog die Führung der deutschen Partei – in Anbetracht der damals herrschenden politischen Situation – eine negative Haltung zur Ausstellung und empfahl den Mitgliedern der Partei Zurückhaltung. Seit dieser Zeit kam es nicht nur zu grundlegenden Veränderungen in den politischen Verhältnissen, sondern auch zu einer Übereinkunft mit dem Exekutivausschuß der Ausstellung über die Forderung der Reichenberger und Egerer Handels- und Gewerbekammer ... Infolgedessen gibt die deutsche Parteiführung die Erklärung ab, daß die Beschickung der Prager allgemeinen Landesausstellung nicht nur verzeihlich, sondern im Interesse des deutschen Handwerks und der deutschen Industrie ist.“, verkündete am 8. 3. 1890 die Prager Bohemia allen Deutschen Böhmens.

Am selben Tag fand unter dem Vorsitz des Fürsten Karl von Schwarzenberg die feierliche Versammlung des Ausstellungsausschusses statt. Unter Beteiligung von mehr als zweihundert bedeutenden Persönlichkeiten aus Böhmen wurden das Programm und der Kostenvoranschlag der Ausstellung gebilligt und Neuwahlen in den Generalausschuß, in den Exekutivausschuß und in alle anderen Ausstellungsausschüsse durchgeführt. Zum Vorsitzenden des Generalausschusses wurde Fürst Friedrich von Kinsky, zum Vorsitzenden des Exekutivausschusses erneut Graf Karl Max von Zedtwitz gewählt. Überall erhielten die Deutschböhmern eine angemessene Vertretung, außerdem wurde von der Regierung der Rat beim Statthalter, František Zabusch, für den Exekutivausschuß delegiert, der Landesausschuß entsandte Jan Jeřábek und das Prager Rathaus den Vertreter des Bürgermeisters Josef Kandert. Diesem feierlichen und ruhigen Akt im Altstädter Rathaus war allerdings am

1. 3. 1890 eine stürmisch verlaufende, vertrauliche Sitzung der Mitglieder des bisherigen Ausstellungsausschusses sowie der tschechischen und deutschen Vertreter der Handels- und Gewerbekammern beim Statthalter vorausgegangen. Dort wurde unter dramatischen Umständen die offizielle Bezeichnung der Ausstellung beschlossen und die Ausstellungsausschüsse um deutsche Vertreter ergänzt.

Die deutschen Mitglieder sahen nämlich in der gewählten Bezeichnung Jubiläumsausstellung eine staatsrechtliche Tendenz, sie meinten, daß wir die Krönung Leopolds II. zum böhmischen König im Jahr 1791 hervorstreichen wollen. Wir führten dagegen an, daß diese Absicht uns völlig fremd ist und daß wir nur die Tatsache hervorheben wollen, daß Böhmen bereits vor hundert Jahren so fortschrittlich war, daß wir mit der Unterstützung unserer Industrie eine – und zwar die erste auf dem europäischen Kontinent – allgemeine Industrieausstellung veranstalten konnten. Die deutschen Mitglieder forderten von der Versammlung, die Ausstellung solle „allgemeine Landesausstellung“ heißen, währenddessen beharrten wir fest auf der Bezeichnung „Jubiläumsausstellung“. Die Debatte darüber dauerte fast zwei Stunden. Der Vorsitzende, Statthalter Thun, unterbrach die Sitzung drei Mal wegen Mißhelligkeiten. Die tschechischen Mitglieder versammelten sich in der einen Ecke, die deutschen in der anderen Ecke des Raumes, und Thun ging von den einen zu den anderen und spielte den Vermittler. Erst bei der dritten Fortsetzung der Versammlung wurde die Kompromißbezeichnung „allgemeine Landesausstellung in Prag 1891 zur Feier der ersten Industrieausstellung in Prag im Jahr 1791“ angenommen. Der dritte und wichtigste Punkt des Gesprächs, nämlich wieviele und welche deutschen Mitglieder dem Exekutivausschuß der Ausstellung beitreten sollen, wurden dann in fünf Minuten gelöst³⁷.

Ab dem Mai 1890 begannen die einzelnen Ausstellungsausschüsse zu arbeiten, und in ihre Leitung wurden „angesehene Männer“ gewählt, so z. B. wurde Ritter Karel Kořistka in den Vorsitz des Ausschusses der Schulausstellung gewählt, Ritter Vojtěch Lanna wurde zum Vorsitzenden der Kunstaussstellung, Baron Franz Ringhoffer zum Vorsitzenden des Maschinenausschusses und Jakob Arbes zum Vorsitzenden des Ausschusses für Literatur und Journalistik gewählt.

Der eigentliche Kampf um die Jubiläumsausstellung sollte jedoch erst geführt werden. Ende Februar 1890 griff die Führung der jungtschechischen Partei die Punktationen als Ganzes an. Die Art und die Form, in der das geschah, waren für die Zeit sehr bezeichnend. Den Angriff eröffneten die Národní listy, die am 21. 2. 1890 eine grundlegende Verlautbarung der tschechischen Abgeordneten veröffentlichten, deren Autor Julius Grégr war. Die Jungtschechen lehnten die Punktationen entschieden ab, und machten damit den Weg frei, auf dem es „schrittweise zum nationalen und – letzten Endes später auch – zum politischen Auseinanderbrechen des Landes kam“³⁸.

Die Wiener Vereinbarungen sind eines dieser überraschenden und übereilten Ereignisse, mit denen in unserer heutigen Zeit mit einem Mal tief in das Lebensinteresse und sogar in die Grundfesten der Organisation des österreichischen Staates eingegriffen wird. Es geht hier um eine erneute dieser häufigen, plötzlichen und unvorhersehbaren Wendungen, die zu einer besonderen Erscheinung in der Leitung dieses Staates geworden sind. Diese plötzlichen Wechsel sind für gewöhnlich keine notwendige Folge der organischen und regelmäßigen Entwicklung. Großteils sind sie nur ein Mittel zur Überwindung zeitweiliger Bedrängnis und augenblicklicher Hindernisse oder ein bloßer Rückzug vor einem zufälligen, vorübergehenden Widerstand. Da sie weitreichende Veränderungen im Staatsaufbau nach sich ziehen, der aufgrund seiner besonderen Zusammensetzung ungewöhnlich sensibel ist, pflegen diese neuen Formationen nicht immer ein

³⁷ Vzpomínky ing. dr. Františka Křižíka 11.

³⁸ Dějiny Československa [Die Geschichte der Tschechoslowakei]. Bd. 2, 1648–1918. Praha 1990, 385.

Segen für das Reich zu sein, sondern wurden bedauerlicherweise schon mehr als einmal zum Quell neuer Bedrängnis, neuer Unverträglichkeit und neuer Umstürze. Auch die jüngsten Wiener Vereinbarungen sind zu einem großen Teil ein Werk, bei dem vielleicht die Unbillen des gegenwärtigen Moments mehr berücksichtigt wurden als der geschichtliche Prozeß der Monarchie in der Vergangenheit und als die möglichen Folgen für die Gestaltung ihrer Zukunft. Wenn all diese Beschlüsse so, wie sie vereinbart wurden, im Königreich Böhmen durchgeführt werden sollten, dann müßten sie freilich eine gewagte Änderung der bisherigen historischen Grundlagen des Reiches und eine Störung der gegenwärtigen Rechtsverhältnisse in seinen einzelnen Teilen zur Folge haben³⁹.

Das Résumé der jungtschechischen Verlautbarung zu den Punktationen lautete:

Die Wiener Vereinbarungen bemühen sich lediglich darum, die deutsche Bevölkerung zu befriedigen, und das leider nicht zum geringen Teil auf Kosten der tschechischen Nation ...⁴⁰. Die Jungtschechen trafen tatsächlich das, was in dem unauffälligen und trockenen Text ansonsten verborgen blieb, nämlich, daß eventuelle kleine Gewinne mit dem gänzlichen Verlust jeder Perspektive erkaufte wurden, daß für einen kleinen und problematischen Gewinn ein großes Ziel verkauft wurde. Denn es war klar, daß durch die Schaffung nationaler Kurien im Landtag mit dem Vetorecht für immer jedwedes Bemühen um die Durchsetzung des böhmischen Staatsrechts beendigt worden wäre. Die Alttschechen aktualisierten auf reichlich problematischer Grundlage eine Retrospektive, die Jungtschechen nahmen eine historische Perspektive vorweg⁴¹.

Die Wahrnehmung der Punktationen als „schicksalhaft“ auf seiten der Jungtschechen entsprang nicht nur den Buchstaben der elf Punkte, sondern auch taktischen Fehlern der Regierung und der Alttschechen bei der Umsetzung. Die Jungtschechen erzürnte die Eile, mit der die Regierung die Teile der Wiener Vereinbarungen durchsetzte, von denen vor allem die deutsche Seite Nutzen hatte. Eine entscheidende Rolle bei der Wahl der Heftigkeit des jungtschechischen Angriffes gegen die Punktationen und ihre Urheber spielten auch die Arroganz Riegers, mit der er den höflichen jungtschechischen Vorschlag zurückwies, noch vor der Verhandlung im Parlament über die Punktationen gemeinsam zu debattieren, und der Siegeschrei der deutschen Liberalen auf der Versammlung der Vertrauensleute der Partei Anfang Februar in Teplitz.

Nach der jungtschechischen Verlautbarung entbrannte auf den Seiten der tschechischen und der deutschen Zeitungen der „Punktations-Kampf“, in dem es sehr bald „nicht einfach war, zu erkennen, wo die tiefe ewige Überzeugung endet und wo oppositionelle Leidenschaft, mit dem Zweck, koste es, was es wolle, in einer breiten Öffentlichkeit und vor allem in der Wählerschaft eine so scharf als möglich gegen die Punktationen gerichtete Atmosphäre zu erzeugen, beginnt“⁴². Zum Ansteigen der Wellen des Radikalismus in der tschechischen Gesellschaft in dieser Zeit trugen auch die Aktivierung der Studenten, bei der sogar Fensterscheiben der alttschechischen Führer eingeworfen wurden, und die Vorbereitungen der Arbeiterschaft auf den 1. Mai 1890 bei. Sehr bald unterlag ein Teil der Abgeordneten und Vertrauensmänner der alttschechischen Partei dem gegen die Punktationen gerichteten Druck und legte seine Mandate nieder. In den Ergänzungswahlen siegten dann mit niederschmetternder Regelmäßigkeit die jungtschechischen Kandidaten. Dadurch wurde schrittweise auch die geplante Mehrheit für die Punktationen im böhmischen Land-

³⁹ Srb: Politické dějiny 782.

⁴⁰ E b e n d a 783.

⁴¹ U r b a n: Česká společnost 397.

⁴² K a z b u n d a: Krise české politiky 596.

tag zerschlagen. Der Verfall der altschechischen Partei wurde auch durch die Unentschiedenheit der Regierung in der Frage der inneren Amtssprache beschleunigt, an die sich, wie an eine letzte Hoffnung auf den Erhalt des politischen Kredits der Altschechen, F. L. Rieger hängte.

Die kämpferische Atmosphäre der Straßen und der Leitartikel griff auch auf den Boden des böhmischen Parlaments über, wo seit dem 19. Mai 1890, bereits unter Anwesenheit der deutschen Liberalen, über die Regierungsvorlage über die Teilung des Landesschulrates verhandelt wurde. Die Jungtschechen obstruierten leidenschaftlich, und mit den verschiedensten Verzögerungen gelang es ihnen, daß das Parlament nur über diese eine Regierungsvorlage verhandelte, obgleich die Regierung vier vorlegte. Bei der Störung des Parlaments und bei den Angriffen auf F. L. Rieger tat sich besonders der Abgeordnete aus dem Wahlbezirk Schüttenhofen und Horažďowitz, der Prager Advokat und Vorsitzende des russischen Zirkels, Jan Vašatý, hervor.

Der Ausgleich und die Jubiläumsausstellung gerieten Ende Juli 1890 erneut aneinander. Dies verursachte die sogenannte Affäre Heinrich. Auf der Grundlage des frisch verabschiedeten Gesetzes über die Teilung des Landesschulrates sollte die Gemeinde Prag in diesen Ausschuß einen tschechischen und einen deutschen Vertreter entsenden. Der Rat der Stadt Prag wählte, auch mit der Zustimmung Riegers, als seinen deutschen Vertreter einen tschechophilen Deutschen, den Reichsratsabgeordneten, Pädagogen und Inhaber eines Mädchenpensionates in Krč, Josef Heinrich. Die deutschen Liberalen sahen in Heinrich einen Vertreter und Abtrünnigen, unter anderem, da er sich im Jahr 1885 für den überwiegend tschechischen Wahlbezirk Leitomischl in den Reichsrat hatte wählen lassen. Daher faßten sie seine Ernennung als kaltblütige Ohrfeige gegen die Wiener Vereinbarungen auf. Die Prager Führung der deutschen Liberalen reagierte auf diesen „czechischen Scherz“ am 26. 7. 1890 in der Bohemia mit einer Verlautbarung, in der sie allen böhmischen Deutschen empfahl, ihre Erzeugnisse auf der Ausstellung nur unter der Bedingung anzumelden, daß der tschechisch-deutsche Ausgleich so verwirklicht werden würde, wie er im Winter in Wien beschlossen worden war. Das bedingte Festhalten der Deutschen an dem Ausstellungsprojekt verschärfte nur den Zeitungskrieg zwischen den *Národní listy*, der sich auch die anderen tschechischen Periodika anschlossen, und der Bohemia. Die *Národní listy* spielten bereits zu dem Zeitpunkt öffentlich mit dem Gedanken einer eigenständigen tschechischen Ausstellung „ohne die Reichenberger Tuchmacher, die Kosmonoser Kattunhersteller und die Iserthaler und Trautenauer Baumwoll-erzeuger“.

Wir, eine Nation von sechs Millionen, die die Länder der böhmischen Krone bewohnt, trauen es uns zu, die Ausstellung allein so herrlich, so schön und imposant auszurichten, daß unsere Feinde darüber verblüfft sein werden, behaupteten am 29. 7. 1890, nun schon mit der Zustimmung der Mehrheit der tschechischen Nation, *Grégrs Národní listy*. Von der bedingten Beschickung der Ausstellung was es bereits nur noch ein Schritt zu ihrer Ignorierung. Die Tagesparole der deutschen Liberalen lautete: Ohne Ausgleich keine Ausstellung.

Die Sitzung des böhmischen Landtags im Herbst bestätigte die weitere Verschärfung der politischen und der nationalen Situation in Böhmen. Auf der Tagesordnung stand die Regierungsvorlage über die Teilung des Landeskulturrates. Die jung-

tschechischen Abgeordneten – nun bereits mit nachhaltiger Hilfe alttschechischer Überläufer – zogen die Verhandlungen in die Länge und veränderten die Regierungsvorlage. Die deutschen Liberalen – so geht es aus der Korrespondenz Pleners und Schmeykals hervor – warteten nur auf einen passenden Vorwand, das Ausstellungsprojekt zu verlassen⁴³. Sie mußten bis Ende November 1890 warten, bis der Vorschlag des Abgeordneten Mattuš angenommen wurde, daß der Präsident des Landeskulturrates und Vertreter der Regierung in dieser Landesinstitution beide Landessprachen beherrschen müssen. Am 27. 11. 1890 gaben die Vertreter der deutschen Abgeordneten im böhmischen Parlament eine Erklärung ab, in der sie befürchteten, daß sie „die Bedingungen, die sie in Anbetracht des Gelingens des Ausgleiches formuliert hatten, nicht als erfüllt ansehen werden können und daß sie somit von diesem Standpunkt aus die Beschickung der Ausstellung ihren Landsmännern nicht empfehlen können. Da allerdings einige deutsche Anmeldungen vor dem 26. Juli abgesandt worden waren, bevor noch der Beschluß der deutschen Klubs über die Bedingungen für die Anmeldung gefaßt war und auch Vorbereitungen zur Beschickung der Ausstellung getroffen worden waren, befinden sich die betreffenden Aussteller in einer anderen Lage und können somit auf ihren Anmeldungen bestehen“⁴⁴. Das deutsche Ausscheiden aus der vorbereiteten Ausstellung rief diesmal auch bei den Alttschechen Unwillen hervor.

Aus dem Vorschlag des unschuldigen Dr. Mattuš sich den Vorwand zu nehmen, die Ausstellung nicht zu beschicken!!! Wurde doch in der Kommission der Paragraph 34 einstimmig angenommen, der besagt, daß die Verhandlungen im Zentralausschuß des Landeskulturrates gleichermaßen in beiden Sprachen geführt werden. Daraus ergibt sich doch, daß der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende, die diese Verhandlungen führen sollen, tschechische wie deutsche Schriften erarbeiten sollen, notwendigerweise beide Sprachen können müssen, daß sich also eigentlich der Vorschlag von Mattuš für jeden von selbst versteht, der den Paragraphen 34 ohne Hintergedanken direkt und loyal annahm! Wenn aber nun Plener et cons. jetzt darin ein Unrecht gegen die Deutschen und ihren Ausschuß aus dem Präsidium sehen, obwohl das nur soviel bedeutet, als daß der Präsident wenigstens Tschechisch können muß, wobei anderenfalls (wenn Paragraph 34 gilt) faktisch alle Verhandlungen deutsch geführt werden müssen. Aber die Deutschen ergriffen diesen nichtwürdigen Vorwand, um zu sagen, es handle sich um eine Störung der Vereinbarungen, und infolgedessen werden sie die Ausstellung nicht beschicken! Also entweder ist der Vorwand falsch, oder sie waren es, die unaufrichtig und hinterlistig handelten, als sie in der Kommission Paragraph 34 annahmen. Dazu kommt noch Folgendes hinzu: Als uns Alttschechen die Jungtschechen diesen Stolperstein unterschoben, waren wir in der Verlegenheit, den folgenden Satz zurückzuweisen: „In der zentralen gleichberechtigten, zweisprachigen Versammlung müssen beide Präsidenten auch Tschechisch können.“ Das war uns nicht möglich – und die Presse hätte uns dafür als Verräter der nationalen Gleichberechtigung geächtet. Ich ging also zu Schmeykal und sagte ihm, wie die Dinge stehen, daß wir den Vorschlag von Mattuš einbringen müssen, um nicht für den Vorschlag von Vašatý stimmen zu müssen, nach dem auch der Landesausschuß, der für den Zentralausschuß ernannt wird, Tschechisch können muß, während Mattuš dies überprüfte, damit uns nicht vorgeworfen wird, daß wir die Deutschen auch dahingehend beschränken wollen, daß sie keinen reinen Deutschen in das Landesparlament ernennen können, obgleich ihnen darin die Landesordnung keine Beschränkung auferlegt. Herr Dr. Schmeykal antwortete mir liebenswürdig: „Ja das sehe ich ein, sie können von ihrem Standpunkt nicht anders stimmen“, und ich dachte folglich, daß er uns die

⁴³ H ö b e l t, Lothar: Ausgleich und Ausstellung. Wirtschaft und Politik in Böhmen um 1890. BohZ 29 (1988) 144 f.

⁴⁴ Bohemia Nr. 327 vom 28. 11. 1890.

Abstimmung für den Vorschlag von Mattuš keinesfalls übelnehmen würde und werden wird. Und siehe da, dieser unschuldige und sozusagen schon abgestimmte Vorschlag muß nun den Deutschen als Vorwand gegen einen so wichtigen Beschluß dienen, sowie dafür, daß sie die Landesausstellung nicht beschicken! Gilt hier nicht: Wer den Hund prügeln will, findet leicht einen Stock?⁴⁵

Nach der Verlautbarung des Klubs der deutschen Abgeordneten im böhmischen Landtag vom 27. 11. 1890 setzte der massenhafte Austritt der Deutschen aus den Ausstellungsausschüssen ein. Auf ihre Plätze rückten allerdings sofort Tschechen nach mit dem festen Entschluß, den Ausstellungsgedanken zu einem erfolgreichen Ende weiterzuführen. Bis zur Eröffnung der Ausstellung verblieb nur ein halbes Jahr. Die Ausstellung war jedoch durch Subskriptionen und Spenden von Institutionen und von Einzelpersonen bereits finanziell gesichert und im Königlichen Tiergarten ging eine rege Bautätigkeit vonstatten. Von Ende November an wurde die Jubiläumsausstellung zu einer fast ausschließlich tschechischen Angelegenheit, und die Tschechen schenkten den Worten der Národní listy vollen Glauben, daß „die tschechische Produktion allein nicht nur völlig zu einer würdigen Repräsentation unserer Nation auf dem Kampfplatz der Kulturarbeit ausreicht, sondern auch jede denkbare Hoffnung spendet, daß sie in Kürze ein Ende der Sage bewirkt, die bisher allein von den Deutschen verbreitet wurde, jedwede Industrie in Böhmen liege nur in ihren Händen“⁴⁶.

*Riegers „unglückliches und kummervolles Jahr“
und die tschechische Freude an der Ausstellung*

Das nahende Ende des „Punktationsjahres“ 1890 traf die altschechische Partei in einem Zustand ziemlicher Zerrissenheit, pausenloser Niederlagen und Demütigungen an. Die Altschechen waren an allen Fronten auf dem Rückzug, das Auseinanderbrechen der Partei und ihrer Wählerbasis zeigte sich ungewöhnlich rasch. Als erste verließen die Gruppen Jakub Škardas und Karel Adámeks die Partei, bald nach dem nächsten Sieg – der Jungtschechen – wägten die Realisten kaltblütig ab und fusionierten sich ebenfalls mit diesen⁴⁷. Rieger und ein Häuflein Getreuer verloren dennoch lange nicht die Hoffnung auf den Erhalt der politischen Positionen der altschechischen Partei, den Angriffen von allen Seiten zum Trotz. Von den deutschen Liberalen wurde Rieger angegriffen, daß er das Wort, das er durch die Unterschrift unter die Wiener Vereinbarungen gegeben hatte, nicht hielt, die Jungtschechen beschuldigten ihn wiederum, daß er die Deutschen begünstige. Der jungtschechische Abgeordnete Jan Vašatý griff ihn am 22. 11. 1890 sogar mit dem beleidigenden Ausruf „Elender Verräter!“ an⁴⁸.

Rieger meinte nämlich, daß der jungtschechische Vormarsch nur eine vorübergehende Angelegenheit sei und daß schon die allernächsten Wahlen und die Übernahme

⁴⁵ Paměti a listář Dra Aloise Pražáka 349f.

⁴⁶ Národní listy Nr. 208 vom 30. 7. 1890.

⁴⁷ Kaizl: Z mého života 620–622 (J. Kaizl am 17. 11. 1890 an K. Kramář).

⁴⁸ Riegers Schwiegersohn Václav Červinka forderte den temperamentvollen Vašatý für die Äußerung zum Duell heraus, was dieser jedoch feige damit zurückwies, daß er nur mit Rieger kämpfen werde, der zu dieser Zeit 72 Jahre alt war. In: Heidler: Přispěvek k listáři 463f. (Eintragung der Marie Červinka-Rieger vom 25. 11. 1890).

der Verantwortung für die tschechische Politik die innere Uneinigkeit der Jungtschechen enthüllen würden. Seine Überlegung hatte ihre Stichhaltigkeit, da die jungtschechische Partei an der Wende der Jahre 1890/1891 tatsächlich ein neues Gesicht erhielt. Binnen einiger Wochen nahm sie die abgefallenen Alttschechen und Strömungen, die bisher außerhalb beider Parteien gestanden hatten, auf. Neben dem jungtschechischen „Stamm“, der sich der Autorität Julius Grégrs und seiner *Národní listy* bedingungslos unterordnete, fand sich in ihrem Lager ebenso ein Teil der realistischen Intelligenz mit Josef Kaizl, Karel Kramář und T. G. Masaryk an der Spitze, Fortschrittliche, die mit der Studenten- und der Arbeiterbewegung sympathisierten, aber auch Antisemiten und „Geistesgrößen vom Lande“⁴⁹. Zusammengekittet wurde das buntgescheckte politische Gebilde eigentlich nur durch die Ablehnung der Punktationen, und Rieger vermutete zu Recht, daß es keine große Hoffnung auf ein längeres Überleben hatte.

In dieser Einschätzung täuschte sich Rieger nicht, er täuschte sich allerdings in der Hoffnung, daß seine Partei noch irgendwann in Zukunft den Gang der tschechischen Politik entscheidend beeinflussen würde. Der Wechsel im Kräfteverhältnis zwischen den Jungen und Alten sollte bereits dauerhaft sein. Es handelte sich, wie sich Alois Pražák in einem vertraulichen Brief an Rieger ausdrückte, um „einen wirklich revolutionären Umsturz in Böhmen, im Volke, der mit einer elementaren Macht wirkt, wie das einmal über die Wirtschaftskrise im Jahr 1873 gesagt wurde“⁵⁰. „Menschen aller Couleur“ und „von verschiedener Bildung“ aus der jungtschechischen Partei versetzten Anfang März 1891 in den vorzeitig ausgeschriebenen Wahlen zum Reichsparlament den verbliebenen Alttschechen Riegers einen schweren Schlag. Die alttschechische Partei errang bloß zwei Mandate, was in der Partei bedeutete, daß sie von der Bühne des zisleithanischen Parlaments gefegt wurde und der alte tschechische Klub im Reichsrat zerschlagen wurde. Der Triumph der Jungtschechen war perfekt und ihre Freude über den Wahlsieg unverhüllt.

Falls Sie sich nach der Stimmung in Prag fragen: ausgezeichnet. Es ist wie nach einer Wiedergeburt, eine neue Zeit bricht an, und die alten Schatten verfliegen ... Wir am Mittwoch stießen darauf (im Restaurant) bei Pecolda gehörig an, wir waren 13, und 13 Flaschen Champagner wurden geleert. Uns im Professorenkreis freute am meisten der Sieg des Hirten (T. G. Masaryks), Sie haben am Sonntag noch diese Angst gesehen. Aber das ist jetzt alles wettgemacht. Um mich selbst hatte ich wenig Angst, nicht weil ich meine Stadt für sicher hielt, aber daß ich auch in Karlín die Mehrheit erhalte, darauf hatte ich nicht gehofft ...⁵¹

Während die Jungtschechen auf ihren Wahlsieg tranken, packte F. L. Rieger, der in der Neustadt seinem ehemaligen Gefährten A. P. Trojan unterlegen war, seine

⁴⁹ Vgl. Vojtěch, Tomáš: *Mladočeši a boj o politickou moc v Čechách* [Die Jungtschechen und der Kampf um die politische Macht in Böhmen]. Praha 1980. – Vgl. auch Křížek, Jurij: *T. G. Masaryk a česká politika. Politické vystoupení českých „realistů“ v letech 1887 až 1893* [Masaryk und die tschechische Politik. Der politische Aufstieg der tschechischen „Realisten“ in den Jahren 1887 bis 1893]. Praha 1959. – Opat, Jaroslav: *Filosof a politik T. G. Masaryk 1882–1893* [Der Philosoph und Politiker T. G. Masaryk 1882–1893]. Praha 1990.

⁵⁰ Heidler: *Příspěvek k listářu 469* (A. Pražák am 1. 3. 1891 an F. L. Rieger).

⁵¹ Kaizl: *Z mého života*, Bd. 3, 31f. (J. Kaizl am 6. 3. 1891 an K. Kramář).

Koffer und reiste mit seiner Frau nach Italien ab. In Rom sollte sein neues Leben ohne Politik nur einen knappen Monat dauern. Zu den politischen Niederlagen gesellte sich auch noch persönliches Unglück hinzu. Am 29. 3. 1891 starb in Rom Riegers Frau Marie, geborene Palacký. Das Unglück der Altschechen schien kein Ende nehmen zu wollen. In Prag starb zur selben Zeit auch die Frau Karel Matušs. Das Schicksal schonte die altschechischen Führer tatsächlich nicht.

Grausam, dieses Jahr, das mit glühender Zahl in mein Gedächtnis geschrieben ist. Das politische Dogma, daß sich die Verhältnisse weder in Böhmen noch im Reich bessern werden, bis nicht wenigstens in den wichtigsten Fragen ein Ausgleich zwischen beiden Nationen zustande gekommen ist, führte uns zu der Wiener Übereinkunft, wo wir versuchten, unseres Erachtens statthafte Zugeständnisse zu machen, für Vorteile, die wir für wertvoll hielten. Und nun stürzten sich entfesselte Leidenschaften auf uns, wir werden für Menschen gehalten, die den nationalen Besitzstand den Gegnern ausliefern, wir werden als Leute bezeichnet, die die nie verjährenden Rechte der Nation nicht kennen, und schon erheben sich die Geißeln, mit denen wir aus dem Dom der Gesetzgebung vertrieben werden sollen. Nun, sei dem so, das Schicksal möge sich erfüllen – vielleicht wird die Zukunft, vielleicht eine unvoreingenommene Generation uns gerechter beurteilen⁵².

Im Winter und im Frühjahr 1891 änderte sich nicht nur die tschechische politische Szene. Veränderungen ganz anderen Charakters konnte man auch im südöstlichen Bereich des Königlichen Baumgartens beobachten. Hier, am Rand der nicht geradezu anziehenden Prager Vorstädte, entstand mit großem Getümmel und zeitlichem Druck das neue Ausstellungsgelände. Ende April 1891 war fast alles fertig. Am 15. 5. 1891 wurde die Ausstellung feierlich vom Bruder des Kaisers, dem Erzherzog Karl Ludwig, eröffnet. Von diesem Tag an bewunderten Tausende, später Millionen Besucher die ungewöhnliche Architektur der Ausstellungsgebäude, die zahllosen Exponate, begeisterten sich für die vielen technischen Attraktionen, gesellschaftlichen Vergnügungen und kulinarischen Genüsse. Prag wurde voll und ganz von dem Motto „Die Ausstellung ist unsere!“ beherrscht. Wem aber gehörte nun eigentlich die Jubiläumsausstellung?

Vom organisatorischen Standpunkt gesehen war die Ausstellung in erster Linie ein Werk der Gremien tschechischer Unternehmer und Händler, die einerseits in unterschiedlichem Maße mit der Prager Handels- und Gewerbekammer, andererseits politisch mit der altschechischen Partei verbunden waren. Einen nicht geringen Anteil an ihrer Vorbereitung hatte der böhmische Adel, einen entschiedenen, manchmal den entscheidenden Förderer fand die Ausstellung in der Person des Grafen Franz von Thun, der seit dem September 1889 böhmischer Statthalter war. Ihre gemeinsamen Bemühungen, die Ausstellung in Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen auszurichten, stießen allerdings auf politische Hindernisse.

Über die Subskriptionslisten finanzierte eine große Zahl von Privatpersonen und Institutionen die Ausstellung. Die größten Anteile kamen vom böhmischen Landtag und dem Rat der Stadt Prag, ebenfalls große Geldsummen spendeten die Städte Karolinenthal, Smichow und Weinberge, der böhmische konservative und verfassungstreue Adel, die Prager und die Pilsener Handels- und Gewerbekammer, tschechische und

⁵² Matušs: Paměti 128.

manchmal deutsche Industrielle, die Prager Finanzämter, aber auch die Prager Brauer und Wirte und der Bürgerbräu in Pilsen.

Die Skala der eigentlichen Aussteller war äußerst reich und vielfältig. Der Besucher konnte sich mit dem breiten sozialen Spektrum der Hersteller in Böhmen vertraut machen, von den Pavillons des Adels über die Ausstellung der großen böhmischen Industriellen bis zu den kleinen Handwerkern und Händlern, die die überwältigende Mehrheit bildeten. Ausgestellt wurden Exponate, die den Stand der Landwirtschaft, des Forstwesens, der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie, des Bergbaus und Hüttenwesens, des Maschinenbaus, Bauwesens sowie des Schulwesens, der Kunst und des Gesundheitswesens dokumentierten. Während die Zuckerindustrie, der Maschinenbau wie die entstehende Elektroindustrie und das Hüttenwesen eine Domäne des großen Kapitals waren – und zwar sowohl des tschechischen als auch des deutschen –, wurde die große Mehrheit der anderen Sparten vom tschechischen Kleinbürgertum dargeboten. Den größten Teil der Ausstellungsfläche nahmen sie vor allem im Hauptpalast ein, der deshalb eher Gewerbe- denn Industriepalast heißen sollte.

Da sich die Deutschen Böhmens weigerten, auf dem Ausstellungsgelände in Bubenetsch auszustellen, gewann die Ausstellung einen mehr oder weniger exklusiv tschechischen Charakter, mit dem ursprünglich niemand gerechnet hatte. Sie wurde zu einer einzigartigen nationalen Pilgerfahrt. Die Tschechen aus dem Königreich, aus der Monarchie und auch aus dem Ausland wollten mit eigenen Augen das Unternehmen sehen, das für sie nicht nur Nationalstolz und nationale Zusammengehörigkeit verkörperte, sondern es ihnen auch zum ersten Mal offiziell ermöglichte, dieses besondere Gefühl nationalen Selbstbewusstseins, kollektiver Freude und Befriedigung über die eigene Arbeit zu erleben. Die Ausstellungsstücke demonstrierten tschechischen Unternehmergeist, tschechische Fertigkeit und Geschicklichkeit, auf die „nationalen“ Emotionen wirkten gleichermaßen die gesellschaftlichen Ereignisse, die die Ausstellung begleiteten und die oft Ausdruck des Tschechentums bzw. des Slawentums ihrer Akteure waren.

Mit der Eröffnung der Ausstellung begann eine Reihe feierlicher Tage, die für uns ein einziger nationaler Feiertag waren. „Die Ausstellung ist unser!“ war das mächtige Motto, das aus ihr für diese Zeit das Zentrum allen nationalen Lebens machte, in dem ein jeder, neben Belehrung und Anregung zu neuer Kulturarbeit, auch nach patriotischer Erquickung Ausschau hielt und nach einer neuen Stärkung der Kräfte der Unseren für den weiteren Kampf im Interesse der einzelnen Stände wie der nationalen Gemeinschaft. Die Ausstellung wurde zu einem Ort, wo wir uns wirklich alle als Brüder fühlten, wo in mächtiger Erregung das Bewußtsein des nationalen Seins und der nationalen Einheit erstarkte, wo wir als einheitliche Nation die zahllosen slawischen Gäste im richtigen Verständnis der slawischen Wechselseitigkeit begrüßten und auch die fremden Freunde, die kamen, um einen Blick auf die Früchte unserer Arbeit zu werfen, welche in der kurzen Zeit seit unserer neuen nationalen Erweckung geleistet worden war⁵³.

Vom ersten Tag an geriet auf der Ausstellung und in ganz Prag das gesellschaftliche Leben in Wallung, und gleich am 15. Mai 1891 offenbarte sich seine Ambivalenz. Vormittags, bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung, huldigten Tausende Prager

⁵³ Kafka in: Jubilejní výstava zemská 764.

das Kaiserhaus, am Abend auf dem Bahnhof der staatlichen Eisenbahngesellschaften wiederum applaudierten sie mehr als zweihundert tschechischen, slowakischen, polnischen, ukrainischen, russischen, slowenischen, serbischen und kroatischen Studenten, die zum Kongreß der slawischen fortschrittlichen Studentenschaft eingetroffen waren. Auf der einen Seite Ausdrücke der Loyalität gegenüber Kaiser und Reich, auf der anderen Seite Äußerungen der Unzufriedenheit mit den gegebenen politischen Verhältnissen. Vormittags die Anrufung an Gott den Herrn, er möge den Kaiser und sein „Land“ beschützen, am Abend der kämpferische Gesang des polnischen Revolutionsliedes „Fort mit den Tyrannen und all den Verrätern, auf daß die alte niederträchtige Welt untergehe!“

Und so war es bis zum Oktober 1891. Treffen von Kriegsveteranen, Gesangsvereinen, Zuckerherstellern, Gärtnern, Händlern, Gastwirten und Schankwirten, Lehrern, Feuerwehmännern, Stenographen, Tierärzten, Buchdruckern, Schneidern, Schustern, Imkern, Obstbauern, Müllern und Ärzten, bei denen Entgegenkommen signalisiert wurde, wechselten sich mit Veranstaltungen ab, die die nationalistische Spitze in sich nicht unterdrückten, wie z. B. die Versammlung der *Matices školská* oder das II. Sokol-Treffen.

Auch andere, anfangs völlig unschuldige Angelegenheiten wuchsen rasch zu pompösen Feiern des Tschechen- oder Slawentums heran, in Demonstrationen der Unzufriedenheit mit der Stellung der tschechischen Nation in der Habsburgermonarchie, in nationalen Gefühlsaufwallungen. In diese Richtung wirkte z. B. die Ankunft der Ausstellungszüge in Prag, die den Landbewohnern aus Böhmen und aus Zisleithanien den Besuch der Ausstellung ermöglichten. Die Versuche des Ausstellungsausschusses, den offensichtlichen nationalen Charakter der Begrüßung der Gäste zu dämpfen und die scheinbare Loyalität der tschechischen Nation gegenüber dem kaiserlichen Haus zu wahren, blieben vergebens. Es mußte die staatliche Macht eingreifen, die verbot, zu solchen Anlässen Umzüge zu veranstalten, die Trambahnwägen zu schmücken, die Ausstellung in Tracht und mit Fahnen zu besuchen, und die Schulkinder durften keine nationalen Abzeichen tragen. Ähnliche Symptome begleiteten die Massenbesuche aus dem Ausland – tschechischer Besucher aus den Vereinigten Staaten, Polen aus Galizien, Russen, Südslawen oder Franzosen.

Das Aufwallen der antiösterreichischen Stimmung in Prag und die pompösen Beteuerungen slawischer Wechselseitigkeit Anfang Sommer 1891, die in großem Maße das Werk der jungtschechischen *Národní listy* waren, beobachtete die zisleithanische staatliche Macht mit wachsenden Befürchtungen. Besonders der Außenminister Graf Gustav Kálnoky verfolgte die Ereignisse in Prag aufmerksam. Dem Ministerpräsidenten Graf Taaffe schrieb er anlässlich der Jubiläumsausstellung:

Daß die deutsche Seite, indem sie sich von der Ausstellung abwandte, eine kolossale und in ihren Folgen gefährliche Dummheit begangen hat, darüber hatte ich nie Zweifel. Aber es wäre doch eine bedenkliche Folge dieser Ausstellung, wenn sie zum Feiern panslawistischer Ideen und gegen die österreichische Staatsidee mißbraucht würde⁵⁴.

⁵⁴ Skedl, Arthur: Der politische Nachlaß des Grafen Eduard Taaffe. Wien-Berlin-Leipzig-München 1922, 600 (G. Kálnoky an E. Taaffe am 13. 7. 1891).

Gleichzeitig wurde hinter den Kulissen der Ausstellung alles dafür getan, daß die Ausstellung keinen antiösterreichischen Charakter annahm und die Begrüßung slawischer und republikanischer Gäste das tragbare Maß nicht überschritten. An der Beruhigung der Verhältnisse in Prag hatte auch der Statthalter Graf Franz von Thun ein Interesse. Auf dem Spiel stand nicht nur der Ruf der Tschechen als einer loyalen Nation der Habsburgermonarchie, sondern auch der versprochene Besuch Kaiser Franz Josephs I. auf der Jubiläumsausstellung.

Der Kaiser hatte die Schutzherrschaft über die Ausstellung übernommen und sie auch dann nicht aufgegeben, als die Deutschböhmern die Ausstellung verließen. Er bestand darauf, daß Versprechen erfüllt werden müssen, und als Plener den Schritt der deutschen Liberalen erklärte, reagierte er mit den Worten: „Meiner Ansicht nach sind die Ausstellung und der Ausgleich zwei getrennte Angelegenheiten, die man nicht miteinander verbinden kann.“⁵⁵ Nichtsdestoweniger zog es Franz Joseph I. im Sommer 1891 nicht allzu stark nach Prag. Die zugespitzte Situation in Böhmen, die wachsenden Animositäten zwischen beiden Nationen, waren ihm sehr wohl bewußt. Es war ihm klar, daß nicht nach Prag zu fahren bedeutete, mit dem Austritt der böhmischen Deutschen d'accord zu gehen, nur die Ausstellung zu besuchen eine Satisfaktion und eine Unterstützung für den tschechischen Nationalismus gewesen wäre. Daher wurde der Besuch des Kaisers einige Male verschoben, und Prag konnte seinen Herrscher erst Ende September 1891 willkommen heißen. Der Kaiser besuchte die Jubiläumsausstellung einige Male und bereitete bei seinen aufmerksamen Besichtigungen den „trotzenden“ böhmischen Deutschen mehr als einmal eine schwierige Situation. Die Prager Führung der deutschen liberalen Partei wollte nämlich auf der einen Seite nicht, daß die Deutschen abseits standen, aber auf der anderen Seite befürchteten sie, daß die Deutschen, nachdem sie aus nationalpolitischen Gründen ihren Landsleuten von der Beschickung der Ausstellung abgeraten hatten, in den Rahmen der Ausstellungsfeierlichkeiten hineingezogen werden könnten. Eine peinliche Angelegenheit war die salomonische Lösung, die für die Audienz der Bürgermeister der Kreisvertretungen und der Städte Prag und Reichenberg beim Kaiser getroffen wurde. Wie zuvor verabredet worden war, fiel dabei kein Wort über die Ausstellung⁵⁶. Auch der Versuch, durch eine Reise ins Zentrum des deutschen Böhmen, nach Reichenberg, ein Gegengewicht zum Besuch der Jubiläumsausstellung zu setzen, war nicht sonderlich erfolgreich. In der Stadt kam es zu einem Angriff deutscher Turner auf die tschechische Bevölkerung, und zehn Jahre nach den Kuchelbader Krawallen spitzten sich die Beziehungen zwischen beiden Nationen im Königreich Böhmen erneut dramatisch zu.

Einer der Männer, die Kaiser Franz Joseph I. in Prag auf der Ausstellung begrüßten, war der altschechische Parteiführer F. L. Rieger, wengleich er zu dieser Zeit ganz andere Sorgen hatte. Im September 1891 war sein persönliches Unglück vollkommen. Sein Gut in Maletsch lag in Schutt und Asche.

⁵⁵ Ebenda 500 (Franz Joseph I. an E. Taaffe am 18. 11. 1890).

⁵⁶ Plener, Ernst von: Erinnerungen. Bd. 3. Stuttgart-Leipzig 1921, 11f.

... alles brannte bis auf den Grund nieder. Sie hätten von diesem großen Gut nicht mal mehr ein verkohltes Stück Holz auflesen können. Das Feuer war von einigen Jungen gelegt worden, die durch den Rat ihres Vaters dazu verführt worden waren, eines heruntergekommenen Menschen, dem ich aus Barmherzigkeit Wohnung gegeben hatte, als er sein Vermögen durchgebracht hatte. Und so ein Mensch sagt: „Am besten brennen wirs' diesem Herren ab.“ Aber es ist halt der Neid, daß der andere mehr hat und mehr ist, der der scheußlichste Zug im Wesen unseres Volkes ist, der in der Politik verderblich wirkt, indem er Uneinigkeit schafft und alle Autorität verachtet⁵⁷.

Ein Schlag nach dem anderen führte F. L. Rieger zu Überlegungen über einen völligen Abgang von der politischen Bühne. Müde und verlassen sehnte er sich nach Ruhe, die ihm „die Stimme des Volkes, das ihn nicht wählte“ bescherte. Allerdings hatte sein „unglückliches und kummervolles Jahr“ sein Postskriptum: im Dezember teilte Graf Taaffe Rieger mit, daß er seinen leidenschaftlichen Forderungen nach der Einführung der tschechischen Sprache in die innere Amtsführung in Böhmen „nicht stattgeben kann und daß er dies auch nicht erreichen wird, solange der jetzige Kaiser am Leben ist“⁵⁸. Verfolgt vom „Undank der Nation, der er vierzig Jahre gedient hatte“, dachte F. L. Rieger nicht mehr daran, „neue Kämpfe in seinem achten Lebensjahrzehnt zu beginnen“⁵⁹. Der Weg des Protagonisten der tschechischen Politik der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ins politische Abseits symbolisierte den grundlegenden Wandel, den das „Jubiläumsjahr“ 1891 brachte – die „Alten“ gingen, die „Jungen“ rückten nach.

Mit diesem Satz läßt sich auch die Bedeutung der Jubiläumsausstellung kennzeichnen. Im Mai wurde sie von den alttschechischen Notabeln, den Aristokraten und dem Statthalter eröffnet, am 18. Oktober 1891 indessen schloß sie der neue Hegemon der tschechischen Politik – die Jungtschechen.

Indem wir heute feierlich den Abschied von der Ausstellung begehen, die fünf Monate lang den Höhepunkt alles tschechischen Lebens, des öffentlichen wie des privaten, darstellte, von einem großen kulturellen Ereignis, das uns so viel Freude bereitete, und das all unsere Kräfte, die physischen wie die moralischen, anregte, mögen wir uns gleichzeitig dessen bewußt sein, daß wir mit dieser großartigen Manifestation unserer ehrlichen Arbeit alle schwarzen Wolken der Verleumdung und der Lüge vertrieben und verscheucht haben, welche unsere Feinde hundert Jahre lang um uns ansammelten ...

Mit diesen Worten drückten an diesem Tag die jungtschechischen Národní listy den Stolz der ganzen Nation über das Werk der Jubiläumsausstellung aus⁶⁰. Die allgemeine Landesausstellung konnte vor allem dank der Alttschechen stattfinden, für die sie gleichzeitig ein Mittel darstellte, mit dem sie ihr Ansehen in der tschechischen Gesellschaft stärken wollten. Allerdings arbeiteten ihre vernichtende Niederlage in den Parlamentswahlen im März und die aufgewühlte nationale Emotion im Verlauf der Ausstellung ihren jungtschechischen Gegnern in die Hände. Und diese konnten die Popularität der Jubiläumsausstellung restlos zu ihrem Vorteil nutzen.

⁵⁷ Heidler: Příspěvky k listářii II, 75.

⁵⁸ Matuší: Paměti 138.

⁵⁹ Paměti a listář Dra Aloise Pražáka 378 (F. L. Rieger an A. Pražák am 7. 10. 1891).

⁶⁰ Národní listy Nr. 287 vom 18. 10. 1891.

Mit dem Aufstieg der Jungtschechen an die Spitze der tschechischen Politik veränderten sich auch die Beziehungen zwischen beiden Nationen im Königreich Böhmen. Es schwand das Bemühen um einen Ausgleich, der nationale Radikalismus auf der einen Seite rief umgehend eine gleichermaßen heftige Reaktion auf der anderen Seite hervor – so gesehen waren die Ohrfeigen von Reichenberg kein Zufall. Nicht nur im Verlauf der Jubiläumsausstellung, auch lang danach noch konnten die Deutschen Böhmens ihre Entscheidung, die Teilnahme an der Ausstellung zurückzuziehen, bereuen. Der Weg zu einem ruhigen Zusammenleben beider Nationen in Böhmen war verschlossen, und es begann ein Jahrzehnt sich verschärfender Konfrontation.

Übersetzt von Christiane Brenner